

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens... 80 000 M.
Reklameteil 200 000 M.
*) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge } Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000
 aus Deutschland } " *) Reklameteil 200 000
 in deutscher Währung nach Kurs.
 Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 293 in Polen.
 Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt: Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezüher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gegen die Abhängigkeit von Frankreich. — Gegen die jetzige Behandlung der Minderheiten.

Die Verhandlungen im Außenausschuß des Sejm am Freitag nahmen einen Schluß, der sie über die Bedeutung ähnlicher Sitzungen weit hinaushebt. Und diese Wendung zum Größeren hat ihr Herr Dabbski gegeben, ein Mann, der als einer der besten Kenner der Ostpoliik Polens gelten kann und dessen Worte daher ganz besondere Beachtung, selbst über die Grenzen Polens hinaus verdienen. Herr Dabbski führte aus: In Europa vollziehen sich epochenmachend Dinge. Die Führung, die Frankreich inne hatte, geht allmählich in die Hände Englands über, England verfolgt auf seinem Wege sichtbar drei Stappen: die Anerkennung der Sowjetrepublik, die Aufnahme Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund und hiermit die Erweiterung der Kompetenzen des Völkerbundes und schließlich die Revision des Versailler Vertrages. Demgegenüber stehen die französischen Pläne, die eine Regelung auf militärischem Wege finden wollen. Was ergibt sich nun aus dieser Konstellation für Polen? Die Folgen sind klar. Zunächst werden sie in der allgemeinen Abrüstung liegen. Aber diese Abrüstung liegt unbedingt im polnischen Interesse. Denn wenn man selbst die Hälfte aller polnischen Bürger unter Waffen halten wollte, so würde das nicht genügen, um Polen gleichzeitig gegen Deutschland und Rußland verteidigen zu können. Auch hätten wir die jetzige große Heereszahl wirtschaftlich nicht aus. Denn sie verdirbt 50 Prozent unseres Budgets. Welchen Nutzen haben wir nun von Frankreich? Frankreich kann nur helfen, unsere Westgrenzen zu schützen. Aber unsere Ostgrenzen? Hier finden wir erfolgreichen Schutz nur bei England und Japan. Danzig und Memel sind nur auf dem Wege über England zu erreichen. Frankreich hat

Der sozialistische Abgeordnete Liebermann macht die interessante Mitteilung, er habe mit Mussolini gesprochen, noch bevor dieser seinen großen und gelungenen Putz ausgeführt hatte. Mussolini sei geradezu empört über die Politik Frankreich gewesen. Polen müsse unbedingt sein Vasallenverhältnis zu Frankreich aufgeben. Denn sonst habe man überhaupt nicht mehr nötig, mit Polen zu rechnen und brauche sich nur nach den Wünschen Frankreichs zu richten, wenn man wissen wolle, was Polen zu tun habe.

Der Sozialist Berl ergreift ebenfalls wieder das Wort zu recht interessanten Ausführungen. Er setzt auseinander, daß es die schlechte Behandlung sei, die die Polen seinen Minderheiten antgedeihen lasse, die die Schuld daran trage, wenn Polen vor dem internationalen Forum an Ansehen verliere. Selbst die Tschechoslowakei, die doch auch gewiß mit ihren Minderheiten nicht zart umgehe, stehe in der öffentlichen Meinung der Welt besser da, als Polen.

(Warthauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“)

Warschau, 15. Februar. Das wichtigste Geschehnis des Tages, die Balkonferenz, vereinigt heute die Außenminister Polens, Lettlands, Estlands und Finnlands, und das Wichtigste dabei ist, daß jeder dieser Herren sein Amt erst vor ganz kurzer Zeit angetreten hat, so daß es ihnen also bei dem besten Willen nicht gut möglich ist, den Komplex von Angelegenheiten, der auf dieser Konferenz zur Sprache kommen soll, auch nur mit einiger der Sache entsprechenden Gründlichkeit zu behandeln. Die Konferenz selbst wurde von Herrn Seja gewissermaßen als Trost für die gänzlich mißgaltigte Rigaer Konferenz dem Sejm, als die Angriffe so arg geworden waren, versprochen, sie sollte schon im December stattfinden, wurde dann auf den Januar verlegt und nun endlich kam sie am 15. Februar zustande. Man muß sich erinnern, daß der ursprüngliche Gedanke dieser Konferenz doch der war, einen Balkenbund mit Einschluß Polens zu schaffen. Es liegt ja auch bereits ein Abkommen in dieser Hinsicht vor, das aber wegen des Widerstandes Finnlands niemals endgültig ratifiziert worden ist. Trotzdem wurde der Gedanke an diesen Balkenbund, der ja auch so sehr der französischen Politik entsprach, mit Hilfe dieses unter polnischer Führung stehenden geplanten Balkenbundes, Deutschland einzufreien, von polnischer Seite niemals aufgegeben. Aber mit der Zeit entfernte man sich stets mehr und mehr von diesem Ziele, und heute kann man mit Zug und Recht sagen, daß der Balkenbund mit Polen vorläufig eine Unmöglichkeit ist. Eine einschneidende Aenderung der ganzen Lage wurde schon dadurch herbeigeführt, daß Estland und Lettland ein gemeinschaftliches, politisches und militärisches Bündnis abgeschlossen. Damit war eine neue Kristallisation innerhalb des Kranges der Balkenstaaten geschaffen. Und nun hat uns Herr Seja, der lettische Außenminister, während einer der Presse gezeigten Aussprache, auf unsere Frage zugegeben, daß Lettland versuche, das Bündnis noch auf Litauen auszu dehnen. Litauen ist aber der eingeschlossene Feind Polens, und selbst wenn im Augenblicke hinter den Russen Annäherungsversuche stattfinden, so werden die beiden Länder doch vorläufig sich zu einem Ausgleich nicht bringen lassen, vor allem Litauen nicht, das die Wegnahme Wilnas den Polen nicht vergessen will. Wird aber Litauen in das lettisch-estnische Bündnis einbezogen, so erhält diese Vereinigung unbedingt einen Schwerpunkt, der außerhalb der polnischen Sphäre liegt. Und Herr Seja, der lettische Minister, hat selbst erklärt, daß doch noch im März die Konferenz in Romno zustande gebracht werden und dort der Zusammenschluß der drei Balkenstaaten vorbereitet werden soll.

Nun war noch eine Konferenz in Riga geplant. Auf dieser sollte vor allem das Verhältnis zu Rußland geregelt werden, und nicht nur Polen und die vier Baltikstaaten, sondern auch Rußland sollte an dieser Konferenz teilnehmen. Man hätte den Plan, dort mit Rußland einen Vertrag abzuschließen, wonach man sich verpflichtete, sich gegenseitig nicht anzugreifen und alle Streitigkeiten, die entstehen könnten, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Aber Rußland hat auf diese Anregungen bisher nicht geantwortet, so daß die geplante Rigaer Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, was wohl heißt, als: sie wurde aufgegeben.

In Warschau wollte man zunächst einmal sich über das künftige Programm verständigen. Diese Arbeit ist nun also überflüssig geworden, so daß man, ganz offen gestanden, nicht recht weiß, was man in Warschau anfangen soll. Nun hat man sich geeinigt, daß man gegenüber dem Völkerbunde eine Einheitsfront der Baltischen Staaten und Polens schaffen will, was für Polen ja unter Umständen recht vorteilhaft sein könnte, das heißt, wenn die Baltischen Staaten — vor allem Finnland — sich dazu verstehen, Polen in dieser Sache die Führung anzuerkennen. Bisher hat ja Polen beim Völkerbund wenig Erfolg gehabt. Polens Kandidat zum Völkerbundsrat, Eskrimunt, ist gegenüber dem geschickteren Herrn Benesch unterlegen, und alle Urteile, die der Völkerbundrat in polnischen Angelegenheiten in letzter Zeit hat fällen müssen (so auch in den Streitfragen mit Danzig) haben sich gegen die polnische Auffassung der Rechtsbegriffe gerichtet. Man hat die Absicht, zunächst einmal ein gemeinschaftliches Bureau in dieser Sache zu errichten, was ja nichts schaden kann, dessen Nutzen sich aber noch erweisen muß. Dann will man alle möglichen Handels- und Wirtschaftsfragen besprechen, Handelsverträge mit den Baltischen Staaten, vor allem mit Lettland, vorbereiten, schließlich Fragen besprechen, Transitfragen in Angriff

nehmen usw. Sehr viel kann in diesen zwei Tagen in diesen Dingen, wie man wohl ermesfen kann, nicht gefchehen. Also kommt man zu dem Resultat, daß die Nachbarländer Konferenz eine befondere politifche, vor allem integrationspolitifche Bedeutung nicht hat. Der Minister Zamojski wollte also mit vollem Rechte erklären, daß fie gegen niemand eine Spitze habe, denn wo nichts von Bedeutung beraten wird, gibt auch natürlich keine Spitze vorhanden. Aber dennoch ift es gut, daß Herr Zamojski diese Versicherung ausdrücklich abgegeben hat. In Rußland ift man sehr mißtrauflich. Außerdem bereiten fich in diesen Tagen in Rußland Dinge vor, die fich von hier aus nicht überbliden laffen, und niemand weiß, wohin die Entwicklung in Rußland treibt. So viel ift ficher, daß in den Nachbarstaaten Rußlands in maßgebenden Kreifen recht ernfte Befürchtungen und Besorgniffe gehegt werden. Unter folehen Umständen wäre es doppelt unklug, irgendeine Handlung zu begehen, die den Verdacht und das Mißtrauen Rußlands hervorgerufen könnte. Und jede Konferenz, auf der fich die Vollenftaaten mit Polen treffen, erzeugt doch immer in Rußland notgedrungen den Verdacht, daß es fich um ein mehr oder weniger heimliches Schutzoder gar Trugprogramm gegen Rußland handelt. Brante.

Die Außenminister Estlands und Lettlands sind am Freitag in Warschau eingetroffen. — Der estnische Außenminister Ael brachte in einer Presskonferenz den Wunsch nach einer Beilegung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Estland zum Ausdruck. Die Warschauer Konferenz werde eine Etappe auf dem Wege dieser Annäherung bilden. Zu dem polnisch-litauischen Konflikt erklärte der Außenminister, daß Estland, obwohl es wünsche, daß im Verband der Baltischen Staaten keine Risse sei, dennoch in diesem Konflikt, sich seinerseits um gute Beziehungen zu Litauen bemüßend, Neutralität bewahren müsse. Zur Komrover Konferenz sagte der Minister, daß sie in der Hauptsache Wirtschaftsverhältnisse zum Gegenstand haben werde, und daß an ihr Lettland, Litauen, Estland, vielleicht auch Rußland, teilnehmen werden. — Der lettische Außenminister Schja erklärte, daß die Außenpolitik Lettlands sich einerseits auf den Grundsatz des Friedens und der Stetigkeit, andererseits auf den Grundsatz lebhafter Entfaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande stütze. Das komme in den Handelsverträgen Lettlands zum Ausdruck. Auf der Warschauer Konferenz werde die Angelegenheit des polnisch-lettischen Vertrages in Angriff genommen werden. Auf eine Frage über den Anschluß Litauens an das estnisch-lettische Bündnis antwortete der Minister, daß Lettland sich in seinen Beziehungen zu Litauen nicht zu weit engagieren könne.

In der Sitzung der Kommission zur Festsetzung der tschechisch-polnischen Grenze im Jauregebiet erklärte der Vertreter Englands, daß der Beschluß des Vorkasterrates über die Teilung des Jauregebietes aus technischen wie aus wirtschaftlichen Gründen undurchführbar sei. Diese Ansicht teilten sämtliche Konferenzteilnehmer mit Ausnahme des tschechischen Vertreters. Es wurde beschlossen, die Grenzfestsetzungsarbeiten zu unterbrechen und den Vorkasterrat von den Ansichten der Kommission in Kenntnis zu setzen.

Am 11. d. Mts. wurde zwischen der polnischen Regierung, die durch den Handelsminister Niedron repräsentiert wurde, und dem Delegierten eines italienischen Konsortiums, Herrn Daviofa (Mercantile Italiano) ein Vertrag unterzeichnet, betreffend Übernahme der Exploitation von staatlichen Kohlenterrains in der Wojewodschaft Schlesien. Das italienische Konsortium verpflichtet sich, nach Eröffnung der Terrains entsprechende technische Anlagen aufzuführen und mit der Kohlenförderung zu beginnen. Nach Ablauf des Pachttermins werden die Gruben und neuen Anlagen mit gesamter Einrichtung der polnischen Regierung übergeben. Außerdem wird ein Pachtzins im Betrage von 10 Millionen Lire gezahlt. Auf diese Weise werden bisher unerschlossene und nicht ausgenutzte Terrains erschlossen.

Während des Krieges konnte man drei Richtungen der polnischen Freiheitsbewegung erkennen. Da gab es Leute, die die Erreichung der Ziele von einer Freundschaft mit Rußland erwarteten, andere, die, im Gegentheil, in Rußland den Hauptfeind Polens sahen (wie Biskubski) und von denen ein Teil nicht abgeneigt war, sich der Hilfe der Mittelmächte, besonders Oesterreichs, zu bedienen, und da gab es eine dritte große Gruppe, die das Heil von Frankreich und der Entente erwartete. Es gab auch Leute, in deren politischem Glaubensbekenntnis sich die Tendenzen der ersten Art und die Glaubenssätze der dritten Kategorie miteinander verbanden.

Die Zeugenaussage Roman Dmowski im Wasiłewski-Lebnicki-Prozeß zeigen in bemerkenswerther Weise, daß Verhandlungen mit Vertretern der russischen Regierung gepflogen wurden über einen staatsrechtlichen Zusammen-schluß Polens und Rußlands, und kennzeichnend ist die Unterredung Miljukows mit Erasmus Piłz in Lausanne über die Wünsche Polens gegenüber Rußland. Diese Unterredung führte zur Abfassung eines Documentes über den russischen und den polnischen Standpunkt. Man wurde beinahe einig. Der einzige Gegensatz, der nicht beseitigt werden konnte, war die Frage, ob das Verhältniß der drei Staaten zueinander der Art sein sollte, wie das Verhältniß Schwedens zu Norwegen vor dem Bruch (das war Polens Wunsch) oder wie das Verhältniß Ungarns zu Oesterreich (das wünschte Rußland).

Den Herren Omowski und Pilz, die damals eine so starke Neigung für einen staatsrechtlichen Zusammenfluß Polens mit Rußland an den Tag legten, steht, wie man weiß, Herr Graf Zamoyski, der neue polnische Außenminister, sehr nahe. Er hat jetzt, wie wir gestern schon meldeten, seine erste außenpolitische Programmarede gehalten und hat, nachdem er die Wichtigkeit der Anerkennung Compromißlands durch England und Italien betont hatte, von der Gefährlichkeit Deutschlands gesprochen und von der Nothwendigkeit, angesichts dieser Gefährlichkeit mit den Staaten fest zusammenzustehen, die berufen seien, den Frieden in Europa zu wahren. Besonders müsse Polen nach wie vor sich eng an Frankreich anschließen.

Dieser Teil der Rede des Ministers Zamoysti kann nicht gerade als eine Geste großer Friedfertigkeit angesehen werden, und daß eine solche Äußerung unmittelbar vor dem Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen am Plage war, das muß bezweifelt werden. Man darf sich auch fragen, ob denn der neue Außenminister, wenn er wirklich an eine von Deutschland drohende Gefahr glaubt, der Ansicht ist, daß Polen von seinem östlichen und viel größeren Nachbar weniger gefährdet ist? Wir haben nicht den Eindruck, daß diese besonders unterstrichene Hervorhebung einer Nothwendigkeit der Abwehrbereitschaft gegen Deutschland und das Verschweigen der im Osten schlummern den Konfliktsmöglichkeiten das Bild der polnischen Politik gewinnen läßt, das der wirklichen Sachlage entspricht.

Bilden diese Dinge schon Anlaß genug, sich über des neuen Außenministers Anschauungen und Äußerungen zu wundern, so wirkt noch verwunderlicher seine Erklärung, daß der den Abschluß des Vertrages zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei mit Befriedigung aufgenommen hätte. Gerade vom polnischen Standpunkt aus betrachtet, ist dieser Vertrag nichts weniger als geeignet, Befriedigung hervorzurufen.

Mehr und anderes als Herr Zamowski gesprochen hat, hätte man zu hören erwarten dürfen über das Verhältniß Polens zum Völkerbund und zu England. Und gerade das Verhältniß zu England dürfte in der nächsten Zeit wirtschaftlich von großer Bedeutung werden.

Wir glauben nicht, daß die Herren Dmowski und Zamoycki die Richtung vertreten, die die Politik Polens gegenwärtig einschlagen mußte.

Ebensowenig dürfte Herr Pierzki eine Richtung vertreten, die der Stellung Polens in der Welt dienlich ist. Herr Pierzki ergreift nach langer Zeit wieder einmal im „Kurjer Pogański“ das Wort und liefert dieser Zeitung den Leitartikel ihrer Nr. 38, der die Überschrift trägt „Die in Deutschland geborenen Polen“. Er beschäftigt sich wieder einmal mit dem Artikel 4 des Minderheiten-Gesetzesvertrages, der da lautet:

„Polen erkennt als polnische Staatsangehörige von Rechts wegen auch ohne das zugehörige Formelrecht zu erfüllen ist, die Personen russischer, österreichischer, ungarischer oder russischer Staatsangehörigkeit, die auf dem erwähnten Gebiet von dort wohnhaften Eltern geboren sind, auch wenn sie selbst zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages dort nicht wohnhaft sind.“

Was Herr Kierski über diesen vielbesprochenen Artikel sagt, ist nicht neu. Es ist schon wiederholt gesagt worden.

1 Dollar	=	9400 000	Wtp.
1 Valorisationsfrank..	=	1800 000	Wtp.
1 Danziger Gulden...	=	1640 000	Wtp.
1 Goldmark	=	2240 000	Wtp.

ist aber dadurch nicht richtiger geworden. Es ist auch schon wiederholt widerlegt und zurückgewiesen worden. Am grundlegendsten in dem Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes vom 15. September 1923. Herr Kierst macht wieder einmal den Versuch, zu beweisen, daß die Geburt von Eltern, die am Tage der Geburt im jetzt polnischen Gebiet anwesend waren, zur Zuerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit nicht ausreicht. Die beste Antwort darauf ist das Haager Gutachten selbst, dessen in Betracht kommender Abschnitt lautet:

„Die polnische Regierung behauptet, daß, wenn der Vertrag ihr eine Verpflichtung auferlegt, die polnische Staatsangehörigkeit von Personen deutscher, österreichischer, ungarischer oder russischer Staatsangehörigkeit anzuerkennen, die auf nunmehr polnischem Gebiet von dort wohnhaften Eltern geboren sind, dies so zu verstehen sei, daß von den auf diesem Gebiet geborenen deutschstämmigen Personen sich nur diejenigen als polnische Staatsangehörige betrachten dürfen, deren Eltern dort sowohl zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages (10. Januar 1920) als auch zur Zeit der Geburt wohnhaft waren.“

Eine derartige Auffassung steht im Widerspruch zu dem Wortlaut der Bestimmungen, die sie auszulösen beansprucht, und sie findet keine Stütze in den Präzedenzfällen der internationalen Praxis.

Wenn man sagt, daß die polnische Staatsangehörigkeit den Personen zufließt, die in dem an Polen abgetretenen Gebiet von dort wohnhaften Eltern geboren sind, so geht man damit offensichtlich von dem Tag der Geburt dieser Personen aus und stellt eine enge Verbindung, einen gewissen Synchronismus zwischen der Tatsache der Geburt und des Wohnsitzes der Eltern her. Es hieße aber etwas dem Wortlaut hinzufügen und über ihn hinausgehen, wenn man außerdem die Aufrechterhaltung oder die Wiederherstellung dieses Wohnsitzes am Tage des Inkrafttretens des Vertrages verlangen wollte. Die Individuen, deren Eltern an diesem Zeitpunkt, und nur an ihm, ihren Wohnsitz in dem neuen Polen hätten, würden nicht von Personen geboren sein, die dort ihren Wohnsitz hatten; man hat auch niemals die Absicht gehabt, Artikel 4 auf sie anzuwenden. Warum soll der Umstand, daß die Eltern zu einem früheren Zeitpunkt in dem abgetretenen Gebiet wohnhaft waren, den natürlichen Sinn der Worte verändern?

Der Vertrag hatte die Wahl zwischen zwei Systemen, die in verschiedenen Formen und Verbindungen immer befolgt worden sind, wenn es sich darum handelte, die Wirkung festzustellen, die eine Gebietsveränderung auf die Staatsangehörigkeit der Einwohner des annektierten oder abgetretenen Gebiets ausübt. Der Vertrag hat sich gleichmäßig für das Wohnsitzprinzip und für das Geburtsprinzip ausgesprochen, er hat diese beiden Systeme verbunden.

In seinem Artikel 3, der dem Artikel 91 des Friedensvertrages von Versailles entspricht, erklärt er einerseits zu Polen vorbehaltlich eines individuellen Optionsrechtes alle deutschen Reichsangehörigen, die in den in Polen einverleibten Gebieten wohnhaft sind.

In seinem Artikel 4 erkennt er andererseits die gleiche Staatsangehörigkeit denen zu, die in diesen Gebieten geboren sind, b. h. der Geburtsbevölkerung, vorausgesetzt, daß sie von dort wohnhaften Eltern geboren sind und daß sie nicht binnen zwei Jahren auf die erworbene Staatsangehörigkeit verzichten. Durch die Formulierung der Bestimmungen über den Wohnsitz der Eltern haben die Verfasser des Vertrages die Rolle des Zufalles soweit wie möglich eingeschränkt wollen. Eine Geburt in einer Familie, die in dem Gebiet ihre regelmäßige und ständige Niederlassung hat, wie der Wohnsitzbegriff es fordert, ist kein zufälliges Ereignis, das bei einem vorübergehenden Aufenthalt oder in einer Sommerfrische eintritt. Eine solche Niederlassung der Eltern schafft zwischen dem Kind und seinem Geburtsland ein moralisches Band, das es rechtfertigt, daß ihm die Staatsangehörigkeit dieses Landes zuerkannt wird. Es verstärkt das materielle Band, das bereits durch die Tatsache der Geburt geschaffen ist und ergänzt dies Band.

Darüber hinaus verlangen, daß die Eltern ihren Wohnsitz in den abgetretenen Gebieten zur Zeit des Inkrafttretens des Friedensvertrages erneuert oder behalten haben, hieße eine überflüssige Voraussetzung aufstellen, die sich in keinem der bisher geschlossenen Annexionsverträge findet. Der Wohnsitz der Eltern am Tage des Inkrafttretens des Vertrages betrifft und beruht in keiner Weise die Personen, deren Staatsangehörigkeit festzustellen ist. Viele von ihnen haben zweifellos das Mannesalter erreicht; einige sind vielleicht sogar an der Grenze des menschlichen Lebens, jedenfalls hat sich die Mehrzahl eine unabhängige Existenz und ein eigenes Heim gegründet. Was hat es unter diesen Umständen für einen Zweck, festzustellen, ob die Eltern, deren Wohnung sie verlassen haben und deren Geschick sie nicht mehr teilen, in den in Polen einverleibten Gebieten an einem auf diese Einberufung folgenden Tage wohnhaft waren oder nicht. Diese Feststellung wäre völlig willkürlich; sie hätte nur dann einen Sinn, wenn der Wohnsitz der Eltern in den fraglichen Gebieten auch den der Kinder einschließen oder eine Vermutung für deren Wohnsitz und als Folge dieses Wohnsitzes stärkere und dauerndere Verbindung mit Polen, ihrem neuen Vaterland, bedeuten würde. Aber gerade eine solche Annahme hat der Artikel 4, Absatz 1 selbst durch seinen ausdrücklichen Wortlaut ausschalten wollen, indem er erklärt, es sei nicht notwendig, daß die Personen, von denen er spricht, zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages selbst in den mit Polen verbundenen Gebieten wohnhaft sind. Diese Lösung des Vertrages erscheint auch gerechtfertigt im Hinblick auf die zahlreichen Personen, die infolge der Kriegereignisse ihren Wohnsitz in dem jetzt polnischen Gebiet haben verlassen müssen.

Und ferner: Wie ist die Lage derjenigen Personen, deren Eltern vor dem 10. Januar 1920 gestorben sind oder ihren Wohnsitz in der Zeit zwischen diesem Tage und dem der Geburt ins Ausland verlegt haben? Würde dieser Tod oder diese Verlegung die Kinder, die dafür in keiner Weise verantwortlich sind, hindern, sich auf Artikel 4 zu berufen, wenn sie ein Interesse daran haben. Die Verlegung erscheint allein vereinbar mit der These, die den Wohnsitz der Eltern in Polen zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages als eine notwendige und unerlässliche Voraussetzung erachtet. Sie würde ausreichen, um diese These zu verurteilen.

Und weiter heißt es in dem Gutachten:

„Der Minderheitenvertrag (Artikel 4, Absatz 1) erkennt die polnische Staatsangehörigkeit von Rechts wegen den Personen zu, die in dem Gebiet des neuen Staates, von dort wohnhaften Eltern geboren worden sind. Diese Worte beziehen sich auf den Wohnsitz der Eltern zur Zeit der Geburt des Kindes und nur auf diesen Zeitpunkt. Es ist erforderlich und es genügt, daß am Tage der Geburt die Eltern in dem jetzt polnisch gewordenen Gebiet ihren Wohnsitz hatten, b. h. eine ernsthafte dauernde Niederlassung mit der Absicht, sie beizubehalten. Dem Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit eine weitere Voraussetzung hinzufügen, die in dem Vertrage vom 28. Juni 1919 nicht vorgesehen ist, hieße nicht mehr den Vertrag auslegen, sondern ihn neu machen.“

An der Klarheit und Richtigkeit dieser juristischen Ausführungen wird dadurch nichts geändert, daß Herr Kierst jetzt seine „Interpretation“ für die „einzige logische“ und sowohl mit dem Wortlaut als auch mit dem Geist und Zweck der entsprechenden Bestimmungen des Vertrages übereinstimmende erklärt. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die Sympathien des Völkerbundes für Polen dadurch vermehrt werden, daß ein polnischer Beamter den Richtern, denen der Völkerbund sein Vertrauen geschenkt hat, öffentlich in der Tagespresse Mangel an Logik vorwirft.

Die Regierung und die Schulen der Minderheiten.

Die deutschen Sejmabgeordneten beim Unterrichtsminister.

Am 18. d. Mts. wurden die Abgeordneten der deutschen Sejmfraktion Daczko und Piesch vom Unterrichtsminister empfangen. Abg. Piesch brachte die Beschwerde der Bialaer Deutschen wegen der Anordnungen des Krakauer Kuratoriums in Angelegenheit der Bialaer Kommunalen Schule und der Verweigerung des Öffentlichkeitsrechtes für die Schule des Klosters St. Hildegard vor und bat um entsprechende Beilegung. Abg. Daczko brachte die Frage der Zulassung von deutschen Privatlehrerinnen in polnische Staatsangehörigkeit zur Sprache. Der Herr Unterrichtsminister sagte eine streng objektive Prüfung der vorgelegten Wünsche zu und versprach eine baldige Erledigung.

Im Anschluß daran ergriff der Minister die Gelegenheit, um seine Stellung zu den Schulen der Minderheiten zu präzisieren. Er erklärte, eifrig bemüht zu sein, dieses Problem rein sachlich zu studieren und zu lösen, da er kein Parteimann sei. Ihm sei das Wohl des Staates und aller seiner Bürger in erster Linie maßgebend. Er stelle die baldige Vorlage eines Schulgesetzes für das gesamte Schulwesen Polens in Aussicht, in welchem auch die Rechte der Minderheiten eine gebührende Berücksichtigung finden sollten. Mit Rücksicht auf den großen Umfang des zu bewältigenden Materials ersuchte er die deutschen Vertreter um Geduld und um rein sachliche Darstellungen ihrer Beschwerden. Er sei gerne bereit, jederzeit die deutschen Vertreter anzuhören, um berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Die Frage des deutschen Schulwesens könne nicht nach einer Schablone behandelt werden, da Polen aus verschiedenen Gebieten zusammengesetzt sei, deren Verhältnisse beachtet werden müssen. Die beiden deutschen Abgeordneten dankten dem Herrn Minister für die Aussprache und kündigten die Vorlage einer Denkschrift über die deutschen Schulen an.

Interpellation

Der Abg. Graebe und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Unterrichtsminister wegen Vorenthaltung eines deutschen Lehrers für die Gemeinde Bukowice, Kr. Strassburg, obwohl 44 deutsche Kinder vorhanden sind.

In Bukowice im Kreise Strassburg werden die vorhandenen 44 deutsch-evangelischen Kinder mit nur 16 polnisch-katholischen Kindern gemeinsam von einem polnischen Lehrer unterrichtet. Die 44 evangelischen Kinder haben keinen Religionsunterricht. Dieser Zustand dauert trotz mehrfacher Anträge der Eltern auf Anstellung eines deutschen Lehrers schon ein Jahr lang. In dem Dorfe ist noch ein zweites Schulgebäude vorhanden, so daß die polnischen Kinder sehr gut untergebracht werden könnten; zudem ist die nächste polnische Nachbarschule in Buchsigowo nur 2 Kilometer entfernt. Aber dort sind auch die 22 deutschen Kinder mit den polnischen gegen den Willen der deutschen Eltern unter Einwirkung des Religionsunterrichts zusammengestellt, statt daß sie nach Bukowice gegen die dort wohnenden 16 polnischen ausgetauscht werden, wie es die Eltern wünschen. Die Gemeinde Bukowice hat nach der Verlegung des Posener Kreisoberinspektors vom 10. 3. 1920 ganz zweifellos ein Recht auf Anstellung eines deutschen Lehrers, weil mehr als 40 Kinder vorhanden sind, und wenn man noch die deutschen Eltern aus Buchsigowo dazu einschult, so käme eine deutsche Schule mit 66 Kindern zustande.

Das Hineinbringen der deutschen Kinder in die polnischen Schulen der Ortsschulen Bukowice und Buchsigowo widerspricht ferner dem Prinzip der nationalen und konfessionellen Trennung, das in der Verfassung des Posener Kreisoberinspektors vom 10. 3. 1920 ausgesprochen ist. Daß 44 evangelische Kinder keinen Religionsunterricht haben, ist eine schwere Pflichtvergeßlichkeit der Schulbehörde. Dieser Zustand kennzeichnet sich deutlich als eine der vielen Maßnahmen des Krakauer Kuratoriums gegen die deutsche Minderheit, womit es sich über jede bestehende Bestimmung hinwegsetzt.

Wir fragen daher den Herrn Minister: Ist er bereit, dafür zu sorgen, 1. daß in Bukowice, Kr. Strassburg, sofort ein deutscher Lehrer angestellt werde? 2. daß in Bukowice und Buchsigowo die nationale Trennung der Kinder durchgeführt werde? 3. daß das Kuratorium in Thorn angehalten werde, seine deutschfeindliche Schulpolitik aufzugeben, zum mindesten aber die bestehenden Bestimmungen korrekt zu beachten?

Warschau, den 12. Februar 1924.

Die Interpellanten.

Eine Programmrede des Unterrichtsministers.

In der Sitzung des Schulausschusses des Sejm am 5. Februar sprach der neue Unterrichtsminister Dr. Miklaszewski über seine Aufgaben. Die jetzige Regierung wird auch auf dem Gebiet des Schulwesens möglichst eine Pazifizierung anstreben, wird aber zugleich ihrer Aufgabe, die Grundlage einer nationalen Erziehung durchzuführen, gerecht zu werden suchen. Eine der Hauptaufgaben des Staates wird die Vereinheitlichung des Schulwesens sein. Der erste Schritt dazu ist das Rahmengesetz über die Schulbehörden. Der Minister wies auf die Entwicklung des Volksschulwesens hin und hob hervor, daß die bestehenden Mängel der Schule die Anpassung der verschiedenen Typen der Schule aneinander herbeiführen hätten. Was das Hochschulwesen betrifft, so bestehen hier noch erhebliche Schwierigkeiten. Auch an ihrer Beseitigung wird gearbeitet. Der Minister kennzeichnete die Gesegenswürde auf dem Gebiet des Schulwesens, die dem Sejm demnächst vorgelegt werden sollen und betonte unter anderem auch die Notwendigkeit der Entwicklung der körperlichen Erziehung der Jugend und der Charakterbildung. Der Minister schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, daß die ganze Erziehung der Jugend von dem Gedanken an die Entwicklung und die Macht des Staates durchdringt sein müßte.

Die Erwiderung der deutschen Sejmfraktion auf die Programmrede des Unterrichtsministers.

Im Namen der deutschen Vereinigung im Sejm habe ich die Erklärung abgegeben, daß uns die Ausführungen des Herrn Ministers gar nicht befriedigen. Die deutschen Minderheitsschulen in Pommern und Posen sind eine Institution des Versailler Friedensvertrages, der im Gesetzblatt der Republik Polen (Dz. Urz. Nr. 110/20 Pos. 728) veröffentlicht und damit ein polnisches Gesetz geworden ist. Es bedarf aber einer Interpretation durch Einbringung und Annahme eines Gesetzes im Sejm und Senat, also durch ein Gesetz über die Minderheitsschulen. Die Schulverhältnisse in Posen und Thorn werden bei Behandlung der deutschen öffentlichen und Privatschulen preußische Gesetze, Verordnungen und Verfügungen an. Das ist m. E. unstatthaft. Diese Gesetze sind unter ganz anderen Verhältnissen entstanden und auf ganz andere als die deutschen Minderheitsschulen in Polen angewendet worden. Ein Gesetz für die Minderheitsschulen ist im Artikel 18 des Gesetzes über die Gründung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen in Polen in Aussicht gestellt. (Dz. Urz. Nr. 18, Pos. 143, 144.) Auch ist uns auf eine Interpellation vom 25. April 1923 durch die Antwort vom 7. Juni 1923 Nr. 1275/23 die Einbringung eines Gesetzes in den Sejm wie folgt in Aussicht gestellt worden: „In Angelegenheit des Gesetzes über die Minderheitsschulen teilt

das Ministerium mit, daß das Projekt dieses Gesetzes sich in Vorbereitung befindet und in der gegebenen Zeit in den Sejm eingebracht wird.“ Der Herr Minister hat in seinem Exposé von der Einbringung eines solchen Gesetzes in den Sejm nichts erwähnt. Und doch ist ein solches Gesetz dringend nötig, um die Schulen der Minderheiten auf eine feste Grundlage zu stellen, eine gezielte Regelung dieser Schulen herbeizuführen und die vielen Klagen und Beschwerden, die von allen Minderheiten fortgesetzt eingebracht werden, zu vermeiden.

Für das deutsche Volksschulwesen in Posen und Pommern bestehen auch Verordnungen des früheren Ministeriums der ehem. preuß. Gebietsverteilung, nach denen sich aber die Schulverhältnisse nicht richten. Sie wenden vielmehr das Gesetz vom 17. Februar 1922 an, das für das deutsche Schulwesen nicht bestimmt ist, lösen evangelische Schulgemeinden auf, indem sie die evangelischen Kinder aus einzelnen zum Schulverband gehörigen öffentlichen polnischen Schulen überweisen; wenn dann die Stammschule nicht mehr 40 Kinder zählt, wird sie als deutsche Schule geschlossen und in eine polnische Schule umgewandelt. Das ist das gerade Gegenteil von dem, was der Herr Referent des Ministeriums für die Gründung von polnischen Schulen in Frankreich forderte. Da sollen, wenn die einzelne Fabrik, das einzelne Industrieunternehmen weniger als 10 Kinder zählt, mehrere im Umkreise von 4 Kilometern belegene Fabriken usw. zu einem Schulverband vereinigt werden.

Auch für die Privatschulen der Minderheiten fehlt die gesetzliche Regelung. In Pommern und Posen sind am 1. September 1923 bei Beginn des neuen Schuljahres 10 seit 3 bis 4 Jahren bestehende Privatschulen nicht konfessionell bzw. geschlossen worden. Keine deutsche Privatschule hat das Öffentlichkeitsrecht erhalten, obwohl die geforderten Bedingungen den Kuratorien gegenüber erfüllt worden sind. Die achtschuligen Gymnasien in Posen, Elbląg, Marienburg, Krotoschin und Bromberg stehen vor der Reifeprüfung. Bis dahin wurde die Prüfung im Wesen eines Delegates der Regierung abgehalten. Jetzt soll die Prüfung vor einer Kommission abgelegt werden. Auch in finanzieller Beziehung wird durch die Verweigerung des Öffentlichkeitsrechtes die deutsche Minderheit geschädigt, ihre Kinder erhalten auf den Staatsbahnen keine Ermäßigung bei den Schulfahrten. Die deutschen Eltern sind wohl gleichberechtigt bei der Zahlung von Steuern, nicht aber bei der Gewährung von Vergünstigungen. Dabei erhalten diese Privatschulen keine der ihnen im Minderheitenschutzvertrag gewährleisteten Beihilfen. Als das Minderheitenschutzgesetz veröffentlicht wurde, hoffte die deutsche Bevölkerung in Polen, wenigstens die Erziehung ihrer Kinder im deutsch-völkischen Geiste ungehindert ausüben zu können. In dieser Erwartung sind wir bitter enttäuscht worden.

Wir haben ein Gesetz, das als Interpretation des Minderheitenschutzgesetzes angesehen werden kann, nämlich das Genfer Abkommen vom Mai 1922, das allerdings nur für Ober-Schlesien gilt. Bevor gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, bitten wir den Herrn Minister zu veranlassen, daß die Schulbestimmungen des Genfer Abkommens auch in diesen Gebieten Anwendung finden.

Zur Beseitigung aller der oben angeführten Mängel in den Schulverhältnissen der deutschen Minderheit ist eine gesetzliche Regelung der Schulen der Minderheiten erforderlich, um die wir den Herrn Minister ersuchen.

Das Mieterschutzgesetz im Sejm.

In der Freitagssitzung des Sejm wurde das Mieterschutzgesetz erörtert. Der Berichterstatter des Rinnsausschusses, Abg. Szwed vom Nationalen Volksverband führte zum Entwurf u. a. aus: Der Rechtsausschuß hat in das Gesetz den Artikel 24 eingefügt, der den Grundbesitzer eine Staatssteuer in Höhe von nicht mehr als 30 Prozent der erhöhten Miete auferlegt. Auf diese Weise ist für den Staat eine neue Einnahmequelle geschaffen worden, aus der die durch die Mieterhöhung verursachte Aufwertung der Gehälter der Staatsbeamten gedeckt werden soll. Der Rechtsausschuß nahm das Gesetz mit diesem Artikel an, übermies aber die Angelegenheit dem Finanzausschuß. Der Referent bittet um Annahme des Artikels in dem vom Finanzausschuß angenommenen Wortlaut.

Zu Artikel 1 sagte der Abg. Stachurski vom Nat. Volksverband u. a. folgendes: Der Mieterschutz entstand während des Krieges nicht nur in Polen, ich aber nicht überall solche Wohnungsverhältnisse wie bei uns. Wir müssen die Wiederherstellung normaler Verhältnisse erstreben. Es leitet uns nicht das Interesse der Hausbesitzer, sondern das Interesse des Staatswohls. Der eingebrachte Entwurf bahnt, obwohl die Angelegenheit nicht endgültig erledigt, den Weg zu einer künftigen Erledigung. Der verfassungsmäßige Grundlag des persönlichen Besitzes muß gewahrt werden, soweit nicht das Interesse des Staates zu seiner Überwindung zwingt. Eine Regelung der Mieterschutzfrage verlangt auch das Wohl der Städte, um die wir uns kümmern müssen, wenn wir eine wirtschaftliche Entwicklung wollen. Für das Gesetz spricht auch das Mieterinteresse, nicht derjenigen, die schon wohnen, sondern gerade derjenigen, die keine Wohnung haben. U. a. müssen wir für die akademische Jugend Sorge tragen. Endlich sprechen finanzielle Rücksichten mit. Früher schloß die Gemeinde viele Einkünfte aus den Häusern. Heute ist diese Quelle verlegt. Die Gemeinden suchen Einkünfte in Verdrängungen. Man muß auch die Entwicklung der Bauindustrie berücksichtigen. Das Gesetz ist nicht ideal: viele Vorschriften bedürfen einer Änderung. Wir stimmen für das Gesetz weder im Interesse der Mieter, noch im Interesse der Hausbesitzer, sondern im Interesse des Staatswohls. — Die weitere Aussprache wurde vertagt.

Aus der polnischen Presse.

Über die Warschauer Balkontenkonferenz

Schreibt der Warschauer Kurier Poranny: Die jetzt in Warschau stattfindende Konferenz Finnlands, Estlands, Letlands und Polens wird von der öffentlichen Meinung Polens mit der größten Sympathie begrüßt. Der Außenminister hat darauf hingewiesen, daß die Betonung der Festigung der Beziehungen zwischen den vier Staaten nicht als eine gegen irgend jemand unternommene Aktion verstanden werden dürfte. Eine solche Feststellung einer an sich selbstverständlichen Tatsache gehört zu den diplomatischen Bräuden. Das wird jedoch den bösen Willen und den bösen Glauben nicht verhindern in der Propaganda gegen alles, was die Annäherung der baltischen Staaten an Polen fördert. Die Unabhängigkeit Polens, Estlands, Letlands und Finnlands ist dieser Propaganda ein Dorn im Auge. Das ist ein Grund mehr, diese Annäherung festzuhalten und auszubauen. Sie wendet sich gegen niemand, sie muß sich aber dessen bewußt bleiben, daß gegen sie zahlreiche Faktoren arbeiten, denen schon das Vorhandensein dieser Staaten und ihr Lebenswille im Wege stehen. Über daselbe Thema schreibt der Kurier Poranny: „Es ist möglich, daß während der Diskussion Fragen der aktuellen Politik gegenüber den Nachbarn Polens, in erster Reihe gegenüber Sowjetrußland, zur Sprache kommen werden. In diesem Falle aber, so wird uns von maßgebender Seite versichert, würden wir auf nichts eingehen, was als eine Gegnerschaft gegen irgend jemand, das heißt also gegen Rußland, aufgefaßt werden könnte. Im Gegenteil: Die offizielle polnische Politik strebt danach, in Sowjetrußland eine Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit auf der Grundlage des Rigaer Vertrages herbeizuführen. Die baltische Konferenz hat also vorwiegend wirtschaftliche Aufgaben, und als einzige politische Aufgabe die Festigung des Friedens.“

Kunstkritik.

Der „Kozłowski“ läßt sich in seiner Nummer vom 27. Januar angeblich aus Kiew berichten, daß: „eine Sitzung abgehalten wird, daß Federowski die Absicht hat, deren Werte er wiedergewonnen hat demütigt. Er ist mehr als Beethoven oder Chopin.“

Ernsthafte Krisengefahr in England.

Eine peinliche Situation. — Keine Konferenz wie in Genua. — Macquh greift an. — Drohender Streik der Hafenarbeiter. — Ist Frankreich bereit?

Das Regierungsprogramm des englischen Ministerpräsidenten wird weiterhin scharf kritisiert. Im „Daily Telegraph“ geht man besonders scharf gegen die überzogene Frankophilie Richtung vor, von der Mac Donald in seiner Rede sprach. Das Blatt sagt, Mac Donald habe gewiß die Absicht, die gesamte englische Politik lediglich auf Frankreich und Russland einzustellen. Die kleineren Staaten, wie auch zum Beispiel Italien, habe er scheinbar vollständig übersehen. Mac Donald habe das frühere Kabinett wegen seiner schwächlichen Haltung Frankreich gegenüber scharf angegriffen, aber er selber zeige jetzt noch bedeutend weniger Mut. Es ist zu bezweifeln, ob man bei Frankreich mit solchen Worten etwas erreichen könne.

Das neue Kabinett ist von einer ernsthaften Krise bedroht. Macquh hat den Widerstand der Liberalen wegen der Armen-Gesetzgebung angelockt und er benutzte eigentlich einen ziemlich unbedeutenden Anlaß, um der Regierung ein Ultimatum zu stellen. Die Regierung nahm sofort die Diskussion an. Die Aussprache wird wahrscheinlich in der nächsten Woche bereits stattfinden.

Mac Donald ist durch diesen Vorfall in eine besonders peinliche Lage berufen, weil die Unzulänglichkeit des Gesundheitsministeriums berührt, dessen Leiter Wheatley als Vertreter des radikalen Parteiflügels im Kabinett sitzt. Die Erfüllung der Macquhschen Forderungen würde vermutlich die Ausschaffung Wheatleys notwendig machen, wodurch die Lage des Kabinetts gegenüber der eigenen Partei noch schwieriger werden müßte. Man nimmt jedoch an, daß ein Ausgleich gefunden wird, da es wenig wahrscheinlich ist, daß Macquh schon jetzt einen Konflikt herbeiführen will. Das Kabinett beriet gestern Abend über die Lage und soll amnestisch beschloffen haben, sich auf die Seite Wheatleys zu stellen.

Dem Londoner Berichterstatter des „Matin“ wurde im Korespondenz-Office erklärt: „Mac Donald habe seine Sympathie für jede Bewegung, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau zum Ziel habe, ausgedrückt, aber er habe keineswegs dem Unterhause sagen wollen, daß eine internationale Konferenz in der Art derjenigen von Genua ein wirkungsvolles Hilfsmittel für die angestrebten Absichten sein werde. Er denke, daß ein gemeinschaftliches Studium jeder internationalen Verhandlung vorangehen müsse, und daß Frankreich und England sich verständigen und ihre Ansichten miteinander austauschen müßten, bevor von einer internationalen Regelung die Rede sein könne. Besonders scheint ihm jeder Meinungsaustrausch ohne Zweck, so lange man nicht den Bericht der Sachverständigen ausnütze.“ Was weiter das Arbeitslosenproblem anlangt, so sei sicher, daß, wenn Coolidge die Initiative zu einer Konferenz ergreifen würde, er die sofortige Unterstützung Mac Donalds finden werde.

Wer sich heute morgen die englischen Blätter angesehen hat, der warte die Meinung sein, daß die Lage Mac Donalds gefährlich ist. Die Ankündigungen lauten reichlich übertrieben, und wenn die Lage auch ernst ist, so wird sie doch nicht gleich zu einem Sturz der Regierung führen. Bekannt ist die Ähnlichkeit seit dem Sturze Baldwin. Auf jeden Fall kann die Lage so aufrecht erhalten werden, daß Macquh die Regierung gewarnt hat. Denn um nicht mehr und nicht weniger handelt es sich. Macquhs Vorstoß geht auf den Beschluß der Liberalen zurück, die Maßnahmen der Arbeitslosen für größere Unterstützungen gewährt als der Lohn eines beschäftigten Arbeiters beträgt, nicht ungerügt zu lassen. Es war vorausgesehen, daß dieses Vorgehen

einen Sturm entfesseln werde. Die Frage, die man gestern immer wieder in den Beratungen des Parlaments gehört hat, war die: Rollen die Liberalen die Regierung stützen? Der parlamentarische Korrespondent der „Daily News“ hat auf Anfrage aus ausländischen liberalen Kreisen hierauf folgende den Tatsachen entsprechende Antwort erhalten: Die Liberalen haben die Regierung aufgefordert, ihr Vorgehen nachzuprüfen. Wenn die Regierung dies tut, dann ist alles schön und gut; wenn nicht, dann werden die Liberalen über ihr weiteres Vorgehen sich schlicht machen müssen. Mac Donald hat noch gestern Abend einen Kabinettsrat zusammenberufen, der sich mit der durch Macquhs Vorstoß geschaffenen Lage befaßte. Man erwartet die von Clines angekündigte Debatte über Poplar am nächsten Donnerstag. Möglich ist, daß die Regierung diesen Anlaß zu einer Reform des Armenrechts benutzen wird. Die allgemeine Überzeugung ist nach „Daily News“, daß es nicht zu einer besonderen politischen Krise kommen wird. Einen der Gründe führt „Daily Herald“ an, wenn er schreibt: „Wenn es wegen Poplar zu einer Auflösung des Parlaments kommen sollte, so kann die Arbeiterpartei einem unter dieser Rolle geführten Wahlsieg mit aller Zuversicht entgegensehen.“ Die Feinde der Arbeiterpartei dürften es sich vielleicht reiflich überlegen, ehe sie diese Sache auf die Spitze treiben.“

Zu den Schwierigkeiten der Regierung Mac Donald kommt hinzu, daß der Hafenarbeiterstreik in bedrohliche Nähe gerückt ist. Wenn nicht noch in letzter Stunde eine Einigung zwischen den Hafenarbeitern und den Unternehmern zustande kommt, wird am Sonnabend in sämtlichen englischen Häfen der Streik ausbrechen. Die beiden Parteien haben heute vormittag getrennt verhandelt. Was aus diesen Verhandlungen verläuft, ist nicht ermittelbar, sagt „Evening Standard“. Die Lage ist kritisch wie noch nie. Später empfing der Arbeitsminister die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Daß es ihm gelungen ist, eine Einigung herzustellen, war heute Abend noch nicht bekannt. Die Ursachen des Streiks sind Lohnstreitigkeiten. Die Hafenarbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von zwei Schilling täglich, während die Unternehmer nur eine Erhöhung von einem Schilling gewähren wollen.

Seit einiger Zeit, besonders seitdem die Rede Mac Donalds im Unterhause gehört wurde, scheint sich das gespannte Verhältnis mit England zu lösen. Die Blätter in Paris führen wieder eine etwas freundlichere Sprache, und die französischen Blätter Englands bringen wieder weniger harte Berichte als in der letzten Zeit. Aus Paris meldet heute der „Secolo“: „In amtlichen Kreisen wird bestätigt, daß Frankreich geneigt sei, für die Verbesserung der Beziehungen zu England erhebliche Opfer zu bringen, und daß es bereit sei, auch das Ruhrgebiet als Ausgleichsmittel zu benutzen. Man müßte nun sehen, so wird erklärt, zu welcher Gegenleistung Mac Donald sich verstehen werde. Nach dem Berichterstatter handelt es sich in letzter Weise um eine Änderung der Politik Poincarés. Von offizieller Seite wird gesagt, nicht das Wesentliche würde preisgegeben, sondern das Nebenwichtige. Die Opfer, die Frankreich bringen wolle, bezögen sich auf die Überwachung der gesamten Rhein-grenze und ihrer dazugehörigen Organisationen und auf die einheitliche Zusammenfassung der im Ruhrgebiet, im Rheinland, sowie der hinsichtlich der Reparationen anzuwendenden Maßnahmen. Darüber hinaus wird die französische Regierung nicht gehen. Bemerkenswert sei die Tatsache, daß Frankreich und England seit einigen Tagen in Beratungen über die neue europäische Politik eingetreten seien.“

Der unwiderstehliche Sturm der allgemeinen Unzufriedenheit!

Die Notgesetze in der französischen Kammer. — Fergeots Warnung an Poincaré. — Ein neuer Sturz des französischen Franken.

In der Kammer sprach gestern der Finanzminister de La-fayette gegen die von Arrol beantragte Abtrennung des Artikels 8. Der Minister lehnte ab und stellte die Verleugnungfrage. Die Rede des Finanzministers war uninteressant und schwach. Als er vorrechnete, daß die Ausbreitung 500 Millionen Frank nach Abzug aller Kosten erbracht habe, erlitten Protestrufe links. Herr La-fayette macht sich das Leben leicht, seine einzige These ist: Deutschland zahl! (Beifall rechts, Gelächter links.) Als der Finanzminister geendet hatte, erhob sich Poincaré, welcher zwar anwesend war, sich aber bisher nicht beteiligt hatte, und sagte, daß die Regierung den Antrag auf Abtrennung des Artikels 8 ablehne und die Verleugnungfrage stelle. Bei der Abstimmung wird mit 301 gegen 212, also mit geringer Mehrheit, im Sinne der Regierung entschieden.

Nach der Pause spricht Pierre Fergeot. Dieser junge Abgeordnete gilt als der beste Redner der Kammer, der nur dann zu sprechen pflegt, wenn er wirklich etwas zu sagen hat und der immer mit großer Aufmerksamkeit von allen Parteien angehört wird. Heute war sein Erfolg nicht so groß. Er sagte: „Die Krise unserer Währung ist so groß, daß eine negative Haltung der Kammer nicht zu bestehen wäre. Es ist nicht schwer, nein zu sagen, aber nachdem ausführlich erklärt worden ist, was wir wollen, werden wir auch nicht verstehen, zu sagen, was unser Wunsch ist. Wir haben die Aufgabe, nach Hilfsmitteln für unseren Franken zu suchen. Die Krankheit ist ansteckend. Nicht nur der Frank muß in Behandlung genommen werden, sondern auch seine Umgebung, und alles, was mit ihm in Berührung kommt, ist sorgfältig zu schützen. Aber ich will nicht in Bildern sprechen, sondern in klaren Worten sagen, was ich denke. Solange die großen Fragen der Reparationen und der Sicherheiten nicht gelöst sind, ist eine Stabilisierung der Währung unmöglich. Die wahre Rettung für uns und für die übrigen ist eine Regelung der Probleme, welche die Welt beschäftigen. Bis wieder reine Luft aus der umgebenden Welt nach Frankreich dringt, müssen wir aushalten und unseren Frank durch künstliche Mittel zu stützen versuchen. Die Regierung glaubt, daß sie den Sturz des Frank aufhalten kann, indem sie Steuern erhöht und die Köpfe der Bürger in Anspruch nimmt. Dieses Mittel wird keine große Wirkung haben. Wäre die Ursache des Franksturzes wirklich in der von der Regierung dargelegten Art zu erklären, dann hätte die Krise schon früher eintreten müssen und nicht jetzt, nachdem unser Volk in Ordnung ist. Auch Herr Poincaré selbst ist im Wege davon überzeugt, denn er hat hier die schöne These verkündet, daß eine Regierung nicht um Popularität buhlen müsse. Ich fürchte, Herr Ministerpräsident, daß Ihre Politik und Ihre Majorität in Gefahr sind, wenn der unwiderstehliche Sturm der allgemeinen Unzufriedenheit durch diese Wesen entfesselt wird.“ (Beifall links.) Das ist die Kritik. Jetzt komme ich zu meinen Vorschlägen.“

Fergeot entwickelt nun in sehr eingehenden Ausführungen seine Vorschläge, die nicht sehr großen Beifall finden. Die beiden wesentlichen Pläne verlangen Opfer von den Wohlhabenden und von den Arbeitern. Die Bürger sollen durch ein freiwilliges Opfer dem Staate dienen, die Arbeiter durch eine freiwillige Vermehrung der Arbeitszeit. Es ist von Anfang an klar, daß keine Seite des Hauses für diese Pläne empfänglich ist. Interessant wird aber der Schluss von Fergeots Rede und ein sich dann entwickelndes Zwiegespräch, in dem Fergeot sich als ein Gegner Poincarés bekundet. Fergeot schloß: „Das Wichtigste ist die Regelung der großen internationalen Fragen. Hier gibt die Rede des englischen Premierministers eine Hoffnung. Alle Demokratien haben den Glauben, daß etwas Neues sich ankündigt. Groß wäre die Enttäuschung, wenn der Sozialismus nicht die Kraft hätte, dem Gedanken des internationalen Friedens zu dienen.“

Frankreich hat die Pflicht, zu dem großen Werte beizutragen und gegen seine Tradition diesmal mehr an das Wohl der Welt als an seine eigenen Vorteile zu denken.“ (Großer Beifall links.)

Die Pariser Zeitungen veröffentlichen seit einiger Zeit den Börsenkurs des Frank von Stunde zu Stunde. Die heutige Notierung verdient verzeichnet zu werden. Um 8 Uhr meldet der „Antarctique“: 9 Uhr: das Pfund 96,30 Frank, der Dollar 22,88; 10 Uhr: das Pfund 97 Frank, Dollar 22,85; 11 Uhr: das Pfund 97,30 Frank, Dollar 22,60; 12 Uhr: 95,22 bzw. 22,60 Frank; 1,26 Uhr: 97,40 bzw. 22,68 Frank. Der schwarze Tag des 14. Januars ist durch einen neuen Rekord geschlagen.

„Keine Ehre für Frankreich.“

Englische Stimmen über Poincaré. — Die französische Verantwortung. — Französische Preislichkeiten.

Die blutigen Kämpfe in Poincarés haben in England das größte Aufsehen erregt. Zufällig weckte wieder ein Sonder-korrespondent der „Times“ am Ort der Unruhe, und dieser veröffentlicht in seiner Zeitung nachstehenden Bericht, der wichtig genug erscheint, verzeichnet zu werden: „Die Bevölkerung der kleinen Industriestadt Poincaré hat an ihren Feindern fürchterliche Blöße genommen. In der Nacht wurde das letzte Bollwerk von den Arbeitern gestürzt, die keine Gnade watten ließen. Die Todesopfer der Separatisten sind hauptsächlich auf Artillerie zurückzuführen, die Todesopfer der Bevölkerung auf Schüsse. Als die Terroristen das Rathaus geräumt hatten, begaben sie sich auf das Bezirksamt. Die Bevölkerung, die bereits der Annahme war, daß die Separatisten abgezogen seien und daß die Unterdrückung zu Ende sei, waren voller Freude. Das lange unterdrückte Gelächter sollte wieder erklingen, aber in letzter Stunde wurde es von den Separatisten wieder verboten. Das Zeichen, daß die Tyrannen noch nicht zu Ende sei, brachte die Bevölkerung in wilde Raserei. Man verhandelte zunächst und gab freien Abzug bis morgen 9 Uhr. Der separatistische Kommissar lehnte das — wahrscheinlich im Vertrauen auf die französische Unterstützung — ab und stellte einige zuverlässige Leute vor das Gebäude, um jeden Deserteur niederzuschlagen. Um 8 Uhr Abends nahm die Menge schließlich eine drohende Haltung ein, und dann eröffneten die Separatisten das Feuer. Ein halbes Duzend Menschen blieb zunächst verwundet liegen, als sich die Menge zerstreute, um mit Gegenständen und Äxten wieder zu erscheinen. Da die belagerten Separatisten bewaffnet waren und die Bevölkerung ohne Schutz war, wurden die Verluste der angreifenden Bevölkerung immer größer, und die Wut stieg.“ Hier folgt dann die Schilderung, die bereits bekannt ist. Dann aber fährt der Korrespondent wie folgt fort: „Während dieser ganzen Zeit war die französische Garnison von 30 bis 40 Mann untätig. Erst am nächsten Morgen kamen marokkanische Truppen an, um den Belagerungszustand zu beenden. Danach wurde durch eine amtliche Bekanntmachung bekanntgegeben, daß die am 11. Schredensnacht durch einen Teil der Bevölkerung „mit Hilfe von berufsmäßigen Verbrechern“ verurteilt worden sei. Die ganze Bevölkerung lachte darüber, denn sie mußte ja am besten, auf welcher Seite die berufsmäßigen Verbrecher waren: auf der Seite der Separatisten. Es wird den Franzosen schwer werden, die Verantwortung für diese Ereignisse abzugeben. Wenn sich die Verantwortlichkeit für diese Ereignisse längt zu Ende gelieft hätten, wäre der Separatismus längst zu Ende gewesen. Der Haß gegen die Benutzer der Pfalz ist so groß, daß selbst die Schredensnächten jeden Augenblick wiederholen können. Die Bevölkerung ist gegen alle persönliche Ge-

jahr gleichgültig, wenn nur das verhaßte Joch von ihr genommen wird.“

Die einzige Möglichkeit, die Gefahr zu beseitigen, liegt darin, daß die Franzosen ihre Separatismusproben noch einmal an einige sichere Orte bringen, zugleich mit der bedingungslosen Erlaubnis zur Rückkehr der von den Separatisten vertriebenen Beamten. Die Ruhe und Ordnung könnte morgen wieder hergestellt sein, wenn die Franzosen es wollen und ihre Versuche aufgeben würden, ein besonderes Regiment in der Pfalz einzuführen. Die Lehre der schrecklichen Ereignisse in Poincaré tritt offen zutage. Das Wichtigste aber ist jetzt, daß dieser peinliche Zwischenfall nicht als Gelegenheit betrachtet werden wird, die Arbeiten für die Regelung der Pfalzfrage, die vor ihrem Abschluß stehen, wieder umgekehrt zu machen. Es ist die Pflicht der Belagerungsmächte, die Ordnung aufrecht zu erhalten; aber die Ausbrüche in Poincaré beweisen unabweislich, daß es das beste Mittel ist, Unruhen im Rheinland hervorzurufen, wenn die geschlagenen separatistischen Mäuerbanden, die während der letzten Woche so viel Elend über die Bevölkerung gebracht haben, ermutigt oder auch noch gebildet werden. Die Rheinlandkommission hat richtig gehandelt, die Entsendung einer internationalen Kommission nach der Pfalz zu beschließen und Fühlung mit den dortigen örtlichen und deutschen Behörden aufzunehmen.“

Ebenso schreiben „Daily News“, daß die Vorgänge in der Pfalz nur die unausbleibliche Folge des Verbrechens, daß die Franzosen die sogenannten Separatisten unterstützt hätten, sei. Dagegen überschreibt die „Morning Post“ ihre Telegramme über die gestrigen Vorgänge mit „Humanitäre Szenen“.

Die französische Presse behandelt die blutige Tragödie in Poincaré als eine Angelegenheit, die der französischen Sache sehr geschadet hat. Auch die Deutschland wohlgesinnten Franzosen sehen in diesen Taten nicht eine Explosion der Volkswut, sondern eine vorbereitete Tat durch völlige Geheulente. Auch die schärfsten Gegner des Separatismus in Frankreich sind sich in dieser Meinung einig. Folgende Übersetzung der „L'Information“ gibt die Stimmung wieder. Es heißt da:

„Das Experiment mit den pfälzischen Separatisten war ein wahnsinniger Wahn, der nicht zu verteidigen ist und höchst ungeeignet ausgeführt worden ist. Jetzt hat dieser Versuch mit einem blutigen Fiasco geendet. Vielleicht hätten die sozialistischen Elemente diesen Ausgang verhindern können, aber diese Elemente haben die Kraft und die Weisheit verloren. Diese Schlichterei von Poincaré macht der Dankschuld Frankreichs keine Ehre.“

Selbst die Blätter, die von Anfang an gegen die separatistische Bewegung eingetreten sind, verlangen jetzt, daß die Ordnung in der Pfalz mit größerer Energie wiederhergestellt werden muß. Einige Zeitungen verschiedener politischer Richtung, wie „Gaulois“ und „Quotidien“, werfen den französischen Vorgesetzten vor, daß sie sich unbesonnen in diese Bewegung eingemischt und dadurch die tragische Entwicklung vorbereitet haben. Aber die Verurteilung der Grausamkeit der Angreifer könne durch nichts entschuldigt werden. Der „Gaulois“ fragt, ob die Vorgesetzten diese Tat wirklich nicht verhindern konnten?

Der künftige Chefredakteur René D'Arail schreibt: „Haben wir uns vielleicht deshalb nicht eingemischt, weil uns unsere Einsicht in frühere Fälle zum Vorwurf gemacht wurde? Dann muß man sagen, daß die Einsicht in die Menschlichkeit uns geboten hätte, diesen Kampf zu unterbrechen und das Blutbad zu verhindern.“ Der „Quotidien“ erkennt an, daß es keinen Bürgerkrieg in der Pfalz gegeben hätte, wenn die französischen Behörden die separatistische Bewegung nicht begünstigt haben würden.

Die Politiker, die für eine Verständigung arbeiten, sind tief verstimmt. Sie erwarten eine Bestrafung der Schuldigen durch die Reichsregierung. Wenn die Vorgänge übertrieben geübert sind, was zu hoffen ist, dann muß eine unabweisende Klarstellung sofort erfolgen. Es ist sicher, daß man jetzt das „Blutbad von Poincaré“ bei den diplomatischen Verhandlungen mit England in sehr gefährlicher Weise gegen Deutschland ausnützen wird.

In kurzen Worten.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr Dr. v. Hoesch, wird am heutigen Sonnabend von dem Präsidenten der französischen Republik, Millerand, empfangen werden und sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Der belgische Gesandte Conte della Ralle de Beverghen ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Der Papst, der an einer Erkrankung erkrankt war, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Eine ernere Gefahr bestand für ihn nicht. Die Audienzen werden nach wie vor erteilt.

Die Rom-Agentur meldet, bisher noch nicht amtlich bestätigt, daß die Mehrheit der albanischen Konstantine beabsichtigt, den albanischen Thron dem Herzog von Aosta anzubieten.

Die Unruhen in der Pfalz bahnen weiter an. In Biedheim ist es zu Kämpfen gekommen. Sechs Separatisten wurden durch das Feuer auf die Straße geworfen. Die Rheinlandkommission soll, wie die A. B. meldet, Standgeräte eingerichtet haben.

Wir bitten auszufschneiden u. aufzubewahren Von Sonntag, 17. d. Mts., 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2

Gajdarow in der Rolle des Fürsten	Kino Apollo	Erika Glessner in der Rolle eines Freuden- mädchens
Mia May	Auf allgemeines Verlangen des verehrten Publikums erneuern wir die 1. und 2. Serie unter dem Titel:	Mia May
Mia May	Die Gräfin von Paris Von Sonntag, 17. I. Serie bis Mittwoch, 20.2. Von Donnerstag, 21. II. Serie bis Sonntag, 24.2.	Mia May
Mia May	Von Montag, 25.2. III. Serie bis Sonntag, 2.3.	Mia May
Mia May	Die flammenden Herzen Die Liebestragödie eines Sklaven der eigenen Leidenschaften und eines leichtsinnigen Weibes.	Mia May
Mia May	Von Montag, 3. März IV. und letzte Serie bis Sonntag, 9. März 1924:	Mia May
Mia May	Am eigenen Grabe Aufregendes Lebensdrama, der Liebeskonflikt einer Gräfin, eines Apaschen, Freudenmädchens und eines Verbrechers.	Mia May
E. Janningo in der Rolle des Apaschen	Die Sache spielt in Paris und Rumänien. Aufgeht auf dem wirklichen Leben. Eintrittspreis von 800 000 M. ab.	Gajdarow in der Rolle des Fürsten

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines innigst geliebten unvergeßlichen Mannes, unseres treuherzigen, Vaters und Bruders, sage ich zugleich im Namen aller Hinterbliebenen herzlichen Dank.

Frau Maria Grundmann.

Posen, den 16. Februar 1924.

Internat des Wertenthin-Füllner-Enzeums

in Warmbrunn i. Riesengebirge (Schlesien).

Herrliche Lage, beste Referenzen, gute Verpflegung. Anmeldungen an Frl. v. Bitter, Warmbrunn.

Sieben erschienen:

Das Postverhandelsgeheim

Praktische Winke und Ratschläge zur Gründung und Führung eines Postverhandelsgeheim.

Preis 2 Millionen Mtp.

Emanuel David, Dab, Górný Slask.

An- und Verkauf von Pfandbriefen u. Obligationen

Erteilung von Krediten gegen Effektenunterlage

Erladigung sämtlicher Bankgeschäfte.

Dom Bankowy

Stanisław Raczkiewicz

Poznań, Wielkie Garbary 18.

Telephon 39-92, 26-73 und 31-75.

Telegr.-Adr.: „RASTABANK“.

Beyer's

Mode-Führer

Frühjahr—Sommer 1924

mit Schnittbogen, enthaltend 20 der wichtigsten Schnitte für Damen- und Kinderkleidung sind eingetroffen.

Verfand gegen Nachnahme von M. 3 500 000 und Porto durch die

Generalvertretung in Polen:

Leonard Pfitzner,

Poznań, Sm. Marcin 44.

Aleiniger Hersteller der

EUROPA-Breitreuschmaschine

und

DIADEM-Kartoffel-Sortiermaschine

Maschinenfabrik u. Eisengießerei K. MIELKE

Chodzież — Kolmar.

Sämtliche landw. Maschinen und Ackergeräte Milchzentrifugen usw. zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Teilzahlung gestattet.

Für Gniezno (Gnesen) u. Umgegend

Hauptvertreter: Józef Konieczny, Gnesen.

In einer Grenzstadt Westpreußens ist ein

Hausgrundstück

am Markt gelegen, in welchem sich eine Drogerie, Kolonialwaren, Delikatessen, Samen- und Eisenwarenhandlung befindet gegen ein ähnliches Objekt in Polen oder größeres Landgrundstück zu verkaufen od. zu vertauschen. Interessenten wollen bitte ihre Offerte unter A. N. 5428 an die Geschäftsstelle dieses Blattes einreichen.

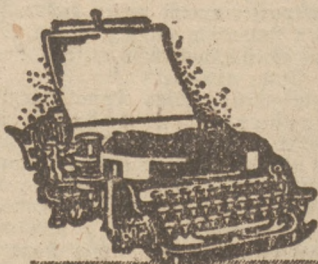
Bierapparat,

2 Säbne desgl. Tisch u. Stühle sind z. verkaufen. Anfragen ul. Jezynka 35 (fr. Reimnassstraße), Gartenhaus I. rechts.

Alte Kinderwagen u. -Verdecke werden neu bezogen u. repariert.

Sattlerei, ulica Szewska 11.

5122)



ADLERWERKE VON H. HEINRICH KLEVER A.G. FRANKFURT A.M.

Generalvertrieb:

Stanisław Skóra i Sp., Poznań

Aleje Marcinkowskiego 23.

Telephon 1847.

B. MANKE

Papier- u. Schreibwaren

Gegr. 1874.

Gegr. 1874.

Poznań, Wodna (Wasserstr.) 5

(am Alten Markt)

empfiehlt sämtliche

Bürobedarfs- und Schulartikel

Geschäftsbücher · Briefordner

Kautschukstempel

Fettdichte Pergamentpapiere für Molkereien etc.

Stralsunder Spielkarten

Schachbretter u. Schachfiguren.

Rasiermesser, Kämme, Bürsten, Spiegel, Parfüms, Haarnetze empfiehlt en gros & en détail St. Wenzlik, Poznań, Aleje Marcinkowskiego 19.

Oberschlesischen Hütten-Hörs

(hart) liefert sofort Handelshaus Edw. Kepiński, Poznań, Fredry 4. Tel. 33-95.

Größtes Automobil-Spezial-Unternehmen in Westpolen. Gegr. 1894.

Fiat-Automobile

die billigsten Wagen in der Anschaffung u. im Betriebe in weltbekannt erstklassiger Ausführung und letzten technischen Neuerungen empfiehlt zu ermäßigten Preisen u. günst. Bedingungen

BRZESKIAUTO T.A. Poznań, ul. Skarbowa 20.

Tel. 34-17.

Ständiges Lager in Gelegenheitskäufen.

Tel. 41-21.

Bekanntmachung.

Mit Gegenwärtigem machen wir die Herren Arbeitgeber auf die Ministerialverordnung vom 28. Januar d. J., betr. die Beiträge für die Krankenkassen auf Grundlage einer festen Einheit (Dz. Ust. Nr. 13 vom Jahre 1924) aufmerksam.

Laut dieser Verordnung unterliegen die den Krankenkassen nach dem 1. Januar 1924 zustehenden Beiträge einer Umrechnung in Goldfrank, nach dem Kurse des Goldfrank am Auszahlungstage des Lohnes an den Versicherten durch den Arbeitgeber.

Die noch zustehenden, bis zum 31. Dezember 1923 nicht bezahlten Beiträge werden in Goldfrank nach dem Kurse des Goldfrank am 1. Januar 1924 (1 Frank = 1220000 Mtp.) umgerechnet.

Poznań, den 14. Februar 1924.

Zarząd Kasy Chorych miasta Poznania.

Suche als 1. Hypothek

auf ein schönes Grundstück

1000 Dollar

oder Gleichwert in poln. Mark

geg. hohe Zinsen. Gesl. Off. u.

D. N. 5417 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

lieft in versch.

Ausführung

und Preisliste

Sattlerei Razer, Poznań, Szewska 11.

Spielplan des Großen Theaters.

Sonnabend, den 16. 2. 7½ Uhr: „Auhreigen“, Oper von Kienzl. (Abonnement: ungültig).
Sonntag, den 17. 1. nachm.: „Hoffmanns Erzählungen“, Oper von Offenbach. Ermäßigte Preise.
Sonntag, den 17. 2. 7½ Uhr: „Der Zigeunerbaron“, Komische Oper von Strauß.
Montag, den 18. 2. 7½ Uhr: „Auhreigen“, Oper von Kienzl.
Dienstag, den 19. 2. 7½ Uhr: „Die Hugenotten“, Große Oper von Meyerbeer.
Mittwoch, den 20. 2. 7½ Uhr: „Die Jüdin“, Große Oper von Halevy.
Donnerstag, den 21. 2. 7½ Uhr: „Rigoletto“, Oper von Verdi.
Freitag, den 22. 2. 7½ Uhr: „Auhreigen“, Oper von Kienzl.
Sonnabend, den 23. 2. 7½ Uhr: „Der Zigeunerbaron“, Komische Oper von Strauß.
Sonntag, den 24. 2. nachm. 3 Uhr: „Halla“, Oper von Stan. Moniusko. Ermäßigte Preise.
Sonntag, den 24. 2. abends 7½ Uhr: „Die Hugenotten“, Große Oper von Meyerbeer.

Molkerei

zu kaufen oder zu pachten gesucht. Gest. Angebote unter N. 5437 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Umtausch Berlin-Posen.

Tausche mein in Berlin gelegenes Haus gegen ein Haus in Poznań um. Gefällige Offerten unter N. 5436 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Flugzeugfabrik-Aktien.

5000000 Mk. nominell m. Zusage auf eine) tausche gegen Pfandbriefe der Posener Landschaft oder Anleihe-scheine. Gest. Offerten unter N. 5420 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tausch

Dortmund-Westpreuß. mass. Haus,

3½ Stod. 19 Zimmer, Stallung, Hof u. Einfahrt, asphaltierte Straße, geeignet für jedes Geschäft, 8 Minuten v. Hauptbahnhof. Näh. Agnet Lazarsti 10, part. links, Vorderhaus.

Empfehlen zur Anschaffung:

Przewodnik po Poznania Nr. 8. 208 S. m. Mithr. Poln. Text. 1 500 000 M.

Wir bieten antiquarisch an:

Handbuch der Architekt., 42 Bde., gebunden. Umfassend die gesamte Bau- u. Wissenschaft, von hervorragenden Fachleuten bearbeitet, mit sehr zahlreichen in den Text eingedruckten Abbildungen.

v. Mayer, Geschichte und Geographie der deutschen Eisenbahnen, vier Bde., geb.

Neu:

Gaethgens, Die Kinder des Kaiserthums.

Miffalet, Geschichte Polens.

Krausbauer, Heimatbilder. Geschichten aus dem Posener Lande, 3 Teile.

Komische, Geschichte der polnischen Literatur.

Al. Wörterbuch für Hütten- und Maschinenleute.

Dr. Reiche, Deutsche Bücher über Polen.

Laubert, Verwaltung der ehemaligen Provinz Posen, 1815—1847.

Roosevelt, Im Reiche der Hinterwälder, geb.

Dr. Alfser, Die Krebskrankheit.

Konrad, Kleine polnische Etymologie.

Prof. Dr. A. Weglowski, Chirurgia operacyjna.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Abt. Verlagsbuchhandlg. Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Zu verkaufen

2 doppelte Jagdsinken

2 raffereine Wölfschunde (Hund und Hündin)

1 Browning (9 mm)

1 Photoapparat (9/12)

1 Schülerstisch.

H. Kusch,

Mur. Goslina,

pow. Oborniki, (54-18)

1 Zentifuge, 1 Wagen, 1 gold. Uhr, 1 P. Trauringe

verkauft Helmich, Babitowo.

Berchiedenes

Schüler-Pension

für Schüler der Unterklassen, nützlich als auch Nachhilfe. Näheres unter 5391 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

2 Brüder, Schüler höherer Lehranstalt, suchen

Pension

Bücher und teilweise Möbel vorhanden. Gefällige Offerten mit Preisangabe u. Nr. 5430 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Besseres evangl. Mädchen möchte gern Wirtschaftsinpekt. bis zu 38 Jahren zwecks

Heirat

fennen lernen, poln Staatsangeh. bevorzugt. Off. u. D. N. 5407 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Hebamme

erteilt Rat und nimmt Befestellungen entgegen A. Stabinska, Bydgoszcz-Wilczak, Natelska 17, 2 Tr.

Wohnungen

3 Zimmer

und Küche, davon 2 eleg. eingerichtetes Herren- u. Schlafzimmer, elektr. Licht, Telefon außerdem noch Räumlichkeiten auch zu Geschäftszwecken geeignet. zu vermieten. Off. u. 5269 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Junger, solid. Kaufmann sucht von sofort ein

schön möbliert. Zimmer,

möglichst im Zentrum der Stadt,

gegen hohe Belohnung. Off. u. 5419 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Vertausche

meine 3 Zimmerwohnung am Zentral-Bahnhof gegen eine im anderen Stadteil gelegene. Offerten erb. an ul. Zamkowa 7 Damenkonfektion

Tausche

einfache 4 Zimmerwohnung in Leipzig (Zentr., Orth.) gegen ebensolche oder ff. in Posen oder Posen, ebenso 3000 am Obn- und Gemüsegarten in Posen Leipzig (Stall, Bahnw., 3 und 4 j. W., Windmühle 10000 G.-M.), gegen Geschäft in Posen od. Land od. Grundstück in Posen. Ende, Leipzig, Alexanderstr. 36

Aus dem Leben von Warschau.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Es ist eine kleine Stadt, wenn man sie aus der Luft, vom Flugzeug herab betrachtet. Erstauulich klein. Und doch beherbergt sie fast eine Million Einwohner. Lange hat ein Festungsgürtel sie eingewängt, und seit sie frei geworden ist, hat sie noch nicht die Zeit und das Geld gefunden, um in die Breite hin auszuatmen. Sechs bis sieben Stockwerke hoch drängen sich die Häuser aus der Enge in die Höhe. Das verleiht dem Stadtbild und preßt das Leben in eine ungeheure Dichtigkeit zusammen.

Der fremde Chronist, der zum ersten Mal die Stadt betritt, lernt zuerst den dichten und stets sich wiederfindenden Kreis kennen, der die diplomatische Welt einschließt. Der Deutsche vor allem die deutsche Gesandtschaft und ihre Welt. Ein sehr geräumiges, einst einer polnischen Aristokratenfamilie gehöriges Haus. Ein lebenskräftiger, noch junger und lücker Gesandter, eine hässliche, lebenswichtige, dabei schöne Frau. Der Stiel des Hauses weber prunkvoll, noch goldprunkig, wie wir das an so manchem Gesandtschaftshotel in den verschiedensten Ländern fanden. Es herrscht die Stimmung vornehmer, kultivierter, künstlerischer, fein abgewogener Harmonie. An der Stelle goldglänzender Überdrücklichkeit feinfühliges Farbenharmone der Dinge. Eine Gesandtschaft, wie sie das feine Glanzes herabsteigt, aber des inneren wissenschaftlichen und kulturellen Gehaltes volle Deutsche Reich am besten repräsentiert. Dazu eine merkwürdig ausgeglichene, gelehrte, fast umfangreiche, zum Teil noch vom Vater ererbte Bibliothek, deren Inhalt den Geist des Hauses zu erfüllen scheint. Das ist die deutsche Gesandtschaft. Im Laufe der letzten beiden Jahre haben sich viele Polen aus der exilanten Welt des hohen Beamtenums und der Warschauer Gesellschaft dort eingefunden. Die frühere Zurückhaltung ist in diesen Jahren und Lebensjahren allmählich aufgetaut. Und es ist merkwürdig, wie viele deutsche Klänge, von fremden Tönen gesprochen, sich nun dort hören lassen. Man fühlt sich wohl, wird reich mit anderen bekannt und verläßt das Haus — begabt mit einem halben Dutzend Einladungen.

Der Pole ist lebenswichtig und gastfrei, wie kein anderes Volk im Westen Europas auch nur annähernd in gleichem Maße es ist. Diese freundliche Gastlichkeit zeigt in den diplomatischen Vertretungen wider. Fast jede Nation hat ihren feststehenden Nachmittagstee, an welchem sie empfängt. Sie sind eine heilige Sache, diese Tees, und jüngere Leute haben die strenge Pflicht, sie niemals zu veräumen. Dazu kommen die Tees der vornehmen Damen der Gesellschaft. Und auf jedem dieser Tees erhält der freundlich aufgenommene Gast wieder seine fünf bis sechs Einladungen. Das könnte sich ins Unendliche multiplizieren, wenn nicht der Kreis abgegrenzt wäre und sich nicht schließlich immer dieselben Personen trafen. So kommt es, daß in einem gewissen Kreis des Verkehrs jedermann den anderen kennt. Und zum Schluß will es fast scheinen, als könnte kein Name in Warschau, der eingetragten Stadt, genannt werden, ohne daß man seinen Träger kennt. Selbst wenn es sich um Ständalgeschichten handelt.

Es ist klar, daß sich solche Ständalgeschichten von jeher in Warschau kumpfigeren gesellschaftlichen Kreisen in die Höhe geschoben haben, wie das ja in jeder größeren Stadt geschieht, wenn auch die räumliche Enge, in der das Leben hier gedeihen muß, die Ereignisse näherbringt und sie größer und eindringlicher erscheinen läßt als anderswo. Auch ist es nötig, so viel Polnisch zu beherrschen, um die Winkel der Zeitungen durchforschen zu können, in denen diese eigentümliche Botanik des Klatsches erblüht. Und wie gesagt: sobald die Namen auftauchen, entdeckt man überall irgend eine Beziehung. Es ist wie in einem Dorfe.

So spielt fast an dem gleichen Tische mit mir allmählich eine auffallend hübsche Dame. Warum ihren Namen nicht nennen? Alle sprechen ihn seit einigen Tagen immer wieder aus. Sie heißt Fräulein Arnold und ist sozusagen eine Schauspielerin, sagen wir eine Anfängerin, deren Talent erst noch entdeckt werden wird. Am Tische sitzt es. Man erzählt sich einen Klatsch und zeigt mir die Zeitungen. In der Tat eine sonderbare Geschichte. Ein Arzt, nicht mehr jung, etwa fünfzig Jahre, erhielt von Fräulein A. sehr spät abends einen telefonischen Anruf. Ob er bereit sei, sie zu empfangen. Der Arzt, Herr Z., war bereit. Als er eine halbe Stunde später die Tür vorsichtig öffnete, drangen zwei „Banditen“ ein, suchten Herrn Z. zu fesseln; diesem gelang es, zu entweichen. Die Banditen entfernten sich. Aber mitten im Haus stand Fräulein Arnold und stieg dann mit den Banditen in ein Auto ein. Diese geheimnisvolle Geschichte quirlte in allen Köpfen, und die Blätter brachten ganze Spalten von Mutmaßungen. In Wirklichkeit lag der Fall wirklich einfach. Herr Z., verheiratet, Vater von einigen Kindern, unterhielt längere Zeit eine, sagen wir, höchst intime Freundschaft mit Fräulein Arnold, die sich übrigens noch des hingebenden „Schubes“ von anderer Seite erfreute. Diese andere Seite, ein Direktor der Petroleumgesellschaft Planto (auch er pflegte ein unserm beziehungsreichen Tische zu sitzen), war der „Bandit“, und ein Freund unterstützte ihn in dieser ehrenvollen Rolle. Sie beide drangen also in die Wohnung des Herrn Z. ein, fesselten ihn (was Herr Z. schamvoll in seiner Aussage beteuert hatte), und Fräulein Arnold

schlug nun aus Selbstverleumdung auf den Eheleuten mit einer Reibstange ein. „Ein Akt der Rache“, sagte Fräulein Arnold vor dem Untersuchungsrichter. Sie fühlte sich von Herrn Z. verlassen; die Ärmte, der es an so zahlreichen männlichen „Schubs“ nicht fehlte. Und an unserem Tische zischelt man. Ein Boulevardblatt aber stellt Preisfragen auf über die Affäre Arnold und ihre Motive!

Etwas ähnlich, aber lustiger und harmloser liegt der Fall des Abgeordneten Kramczah, über den bei seinem Bekanntwerden ein langgezogenes Gelächter die Wandelgänge des Sejm durchkollerte. Auch er lag abends in seinem kleinen Hotel an der Widostrasse, als eine Dame telephonierte. Sie fragte, ob sie sich mit ihm treffen könnte. Der Herr Abgeordnete, ein biederer Weichhülle (das ist er, obwohl sein Klub jetzt schamvoll seine Mitgliedschaft ableugnet), war hoch erfreut, war sehr erfreut. Man ging zusammen in ein Restaurant, dann in ein Hotel. Plötzlich erscholl aus dem Zimmer lautes Gelächter. Dem Herrn Abgeordneten waren 40 Millionen gestohlen worden. Die Polizei erschien und verhaftete die beiden. Und in seinem Zorn sprach der biedere Abgeordnete die denkwürdigen Worte: „Was will man eigentlich von mir? Ich bin über sechzig Jahre alt, und alle Gelüste liegen mir fern! Ich habe das Ganze nur aus purer Neugier begonnen, um einmal zu sehen, wie sich das entwickelt!“ Diese Worte haben den Herrn rasch berühmt gemacht, als er es je mit der schönsten Sejmrede vermocht hätte. Und darum erscholl das Gelächter in den Wandelgängen und den Klubzimmern des Sejm.

Weit auftragender liegt die Geschichte mit Fräulein Dr. Jozia Sabowska. Auch sie ist dem Chronisten nicht unbekannt. Man sieht ihre auffallende Erscheinung häufig genug in den Straßen der Stadt. Eine untergeordnete Person in der Kleidung der weiblichen Pfadfinder. Männlich militärisches Gesicht, von straffen Falten durchzogen, Militärmütze auf dem kurzgeschorenen Haar, stets eine Mappe unter dem Arm und geschäftig mit männlich großen Schritten dahineilend. Dabei im männlichen Ausdruck der Züge jene von der Eitelkeit und der Sucht, auffallen zu wollen, eingeprägte Atmosphäre der Eitelkeit, die wir oft an Personen beobachten, bei denen der Witz, um jeden Preis „anders“ zu sein, schärfer sich ausdrückt, als die innere Stärke und Größe, die allein nur die Vorzugstellung geben kann.

Von dieser männlichen Dame schrieb der „Geprek Poranny“, ein Sensationsblatt von der rücksichtslosesten Sorte, eines Tages, sie unterhalte einen äußerst eleganten Salon in der Mazowieckastrasse, in dem Frauen aus der ersten Gesellschaft verkehrten, ebenso die ersten Künstlerinnen, und in dem, unter dem Einfluß toller, giftiger Liebesmittel, sich allerhand perverber Orgien unter Frauen abspielten.

Diesmal scheint das Klatschblatt wirklich in ein böses und gefährliches Gewand gekleidet zu haben, denn zwei Frauen, die den Salon der Sabowska besuchten, haben, und von der berühmten Operettendiva Woska, einer Freundin der Sabowska, wird glaubhaft erzählt, daß sie nach den „Sühnungen“ mehrfach in Ohnmacht fiel. Die Sabowska hat nun den „Geprek“ verklagt, und eine große Zahl von Männern, Ehegatten, Brüdern und Verwandten der Verführten sind dem angeklagten Redakteur im Prozesse gegen diese gefährliche Ärztin zur Hilfe gekommen. Der Prozess selbst findet, wie man sich denken kann, hinter verschlossenen Türen statt. Damen aus den ersten Kreisen treten auf, und man hört, daß die Sabowska während des Krieges im russischen Roten Kreuze arbeitete, aber wegen ihres Verhaltens gegenüber den Patienten entlassen wurde. Auch die berühmte Woska war als Jungfrau geladen, aber zunächst nicht erschienen, weshalb das Gericht eine Geldstrafe von 50 Goldgulden auferlegte, worauf sie dann am zweiten Tag das Gericht mit ihrer eleganten Gegenwart beehrte. Aber auch ihre Aussagen geschahen hinter verschlossenen Türen. Beide sollen sich gerührt haben, mehr Frauen, als irgend jemand anders in Warschau verführt zu haben. Die Sabowska scheint sich wirklich der besten Beziehungen erfreut zu haben, denn aus ihrer Umgebung tauchen Namen auf von gutem Klang, wie der der Fürstin Woronicka und anderer. Hunderte von jungen und eleganten Damen suchten Zutritt zu den Verhandlungen zu erhalten.

Am Dienstag ist auch, um das Bild des unterirdischen Lebens von Warschau vollständig zu machen, der große Prozess gegen die Valutenschmuggler Stückgold, Federowicz, Gejmann und ihre Helfer zu Ende gegangen. Sie haben Gefängnisstrafen von zwei Jahren, einem Jahr und zwei Monaten erhalten, und die Geldstrafen für die einzelnen gingen bis zu 40 Millionen Mark! Der talentvolle Stückgold ist kaum 25 Jahre alt, die anderen wenig mehr als 30. Sie sind die charakteristischen Burken, die sich in den Abteilen erster Klasse der Züge räkeln, die zu den Glanzbesuchern der Bars gehören und die sich in wenigen Jahren mit ihren betrügerischen Praktiken Millionenvermögen erworben. Die Summen, die sie in Hund, Dollar, Schweizer Frank usw. über die Grenze nach Danzig brachten, nahmen astronomische Zahlen an, wenn man sie in Polenmark umrechnen wollte, und sie pflegten dabei Erlaubnischeine der Regierung, die sie einmal in Händen hatten, bis ins Unendliche unerlaubt auszunutzen. Schade, daß es nur gelungen ist, diese kleine Schiebergruppe aufzugreifen. Hunderte der gleichen Sorte laufen in Warschau frei umher. Jeder Trieb war ihnen recht. So hatte einer der Angefallenen eine bekannte Operettendiva engagiert,

mit der er sich an der Grenze, unter allen Anzeichen des Schreckens, in der verhänglichsten Stellung überlassen ließ. Die galanten Zollbeamten hatten hierfür Verständnis. Die lachten und sorgten dafür, daß die beiden unbehelligt blieben — und auf diese Weise kamen auch die verborgenen Dollarschätze unbehelligt über die Danziger Grenze!

In der letzten Zeit entwickelt auch die Polizei einen lobenswerten Eifer in der Aushebung von allerhand Spielhölle. Sie wird zwar die Spielende in Polen nicht austrotten, sie sitzt zu tief im Volke eingewurzelt, und wir kennen Privathäuser, in denen sich die Freunde der Familie mehrmals in der Woche treffen, um bis zum frühen Morgen die Nächte am Spieltisch zu vergeuden. Aber hinter den Schlimmeren, den gewerbsmäßigen Spielarrangements, die ihre Eintreiber in den Theatern und vornehmen Restaurants unterhielten, ist die Polizei nun scharf her. Einer von ihnen, ein Herr Strzeminski, ist heute Besitzer mehrerer großer Häuser in Warschau und einer Villa in Nizza, ein anderer, namens Buchalski, ist ebenfalls ein reicher Mann geworden. Und als Gegenstück hierzu liest man dann in den Zeitungen immer wieder von den rätselhaften Selbstmorden junger Leute!

Während diese Ständalaffären sich im gesellschaftlichen Leben Warschaus entwickelten, hat die Politik aus dem Leben, sich ewig befriedigenden Lager der Prozeß erzeugt, den der bekannte Anwalt Lednicki gegen den verantwortlichen Redakteur der „Gazeta Warszawska“, Wasilewski, wegen Verleumdung angeklagt hatte. Denn das Blatt hatte dem von Polen so verdienten Mann nichts weniger als Hochverrat vorgeworfen. Ein ganz trübs Bild von den Zweibereiten der immer feindlichen und sich gegenseitig verfolgenden polnischen Lager enthielt der Prozess. Und er zerstörte gleichzeitig das Märchen, daß Herr Dmowski, der verfloßene Außenminister, wie er von sich selber erklärte, den „Polen den Versailles Vertrag gebracht habe“. Lednicki fand es im Kriege klüger, sich in der russischen Duma der Kadettenpartei anzuschließen, statt der polnischen Gruppe. Er glaubte von dieser Stelle aus den Polen nützlicher sein zu können. Er war es auch. Während der Kerenki-Regierung hat er so manchen Polen geschützt und seine Heimkehr ermöglicht. Auch hat er sich der Bildung eines polnischen Heeres widersetzt, denn er fürchtete, daß die Armees von Deutschland in seinen Dienst gezogen werden könnte. Also war er ein Verräter, so sagen die nationalistischen Herren der Rechten. Aber Dmowski? Es wurde ein Brief des russischen Votschafters Iswolski bekannt, in dem dieser berichtet, wie auch dieser Herr, der angeblich den Polen den Versailles Vertrag brachte, sich Rußland als den künftigen Protektor des noch zu bildenden Polen dachte, also etwa in der Form des Großfürstentums Finnland unter russischem Regiment, und das, obgleich er das Schicksal kannte, das das von Rußland „protegierte“ Finnland unter russischer Herrschaft erdulden mußte. Man kann sich des Einbruchs nicht erwehren, daß sowohl der als Held gerühmte Herr Dmowski als auch Herr Lednicki stark um die Gunst Rußlands gekämpft hatten. Und man kann es ihnen beiden auch schließlich nicht übel nehmen. Denn wer dachte damals daran, daß das Geschick Rußlands den Verlauf nehmen würde, der sich unter den Bolschewiken entwickeln sollte. Nur ein bestimmter und unerwarteter Einbruch bleibt aus dem Prozess zurück, bei dem schließlich Wasilewski freigesprochen wurde. Nämlich der, daß beide Parteien sich gegenseitig auf das eifrigste angefeindet und das Leben teuer gemacht hatten, daß der eine auf den anderen eifersüchtig war, und vor allem das eine: Polen wäre von diesen Männern niemals der Unabhängigkeit zugeführt worden, wenn nicht, ja wenn nicht ein Duzend „Wenn nicht“ gewesen wären. Und hierzu gehört in erster Linie die vollendete Tatsache, daß von Deutschland aus das neue Polen bereits geschaffen worden war, und die Entente gezwungen war, dieser Tatsache Rechnung zu tragen.

Aus Stadt und Land.

Pöls, den 16. Februar.

Die hohen Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise in Pöls.

Der Stadtv. Buzgel hat sich in der letzten Stadtkonferenz zweifellos dadurch ein großes Verdienst erworben, daß er, wie von uns berichtet, die Frage der immer noch hohen Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise angeschnitten hat. Es ist das eine Angelegenheit, die in weiten Kreisen der Pölsener Einwohnerschaft lebhaft erörtert wird, da der erheblich größere Teil der Bürgerschaft, Pölsens, beim Wasser sogar die ganze Einwohnerschaft, von diesen hohen Preisen ganz empfindlich betroffen wird. Bekanntlich hatten die genannten Preise noch im verflossenen Monat durch ihr sprunghaftes Aufwärtssteigen in den Haushaltsbudgets jedes einzelnen Verbrauchers ganz erhebliche Verwirrung angerichtet, um so mehr als die Stadt Pöls den Ehrgeiz zu besitzen schien, bezüglich der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise wenigstens im ehemals preussischen Teilgebiet die Führung zu übernehmen, und tatsächlich nur noch von vereinzelten kleinen Städten, bei denen

Der Apotheker von Niedergersdorf

Roman von Otto Berndt.

(26. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

Während sich einige Polizisten Gemmes bemächtigten, griff Schlüter, ohne auf die Klut zu achten, in das Feuer — er konnte die brennende Tasche ergreifen und riß sie heraus. Mit den Füßen trat er die Flamme aus, aber — es war nur ein Haufen halb verholter Geldscheine, die er fand, dagegen sah er, wie das Feuer einige Briefschaften verzehrte.

„Ich protestiere gegen meine Verhaftung, meine Papiere sind in Ordnung!“

„Sie kommen vorläufig mit!“

Er mußte sich gefallen lassen, daß man ihm Handschellen anlegte. Auf Doktor Schlüters Verantwortung, und nachdem auch die übrigen „fortiert“ waren, setzten sich die Lastautos mit etwa zweihundert Menschen in Bewegung. Wie immer war eine Anzahl „schwerer Jungen“ der Polizei in die Hände gefallen, die anderen waren meist Leute, die ohne Legitimation waren oder deren Papiere einer Nachprüfung bedurften. August Gemme mußte zu Schlüter in das Dienstauto steigen. Auf dem Präsidium erwartete Geheimrat Wesendonk „seine Gäste“.

„Aber, Herr Doktor, wen haben Sie da mit?“

„Weiß noch nicht! Vielleicht einen wichtigen Fang.“

„Ich protestiere!“

Auch Geheimrat Wesendonk prüfte die Papiere.

„Lieber Herr Doktor, Sie sind wirklich in Ordnung, und da der Mann in Berlin eine Wohnung hat und nach dem beiliegenden Schein ordnungsmäßig gemeldet ist —“

Doktor Schlüter wandte sich, ohne dem Geheimrat zu antworten, an Gemme.

„Warum haben Sie denn so eilig die Brieftasche ins Feuer geworfen?“

„Nur so! Es braucht nicht jeder in meine Briefe zu sehen. Damenbriefe —“

„Ein sehr distinkter Herr! Und deshalb werfen Sie über zwanzigtausend Mark ins Feuer?“

Der Mann schwieg, und Schlüter ging mit dem Geheimrat zur Seite.

„Wissen Sie, wer das ist?“

„Nun?“

„Der in der Mordnacht fortgejagte Rutscher von Schloß Hellungen bei Niedergersdorf, der jene vergifteten Pulver und Pralines brachte.“

„Donnerwetter!“

„Der Mann muß auf alle Fälle in Haft bleiben, bis ich aus Treptow zurückkomme. Man kann nicht wissen.“

„Aber —“

„Das Verbrennen der Brieftasche, die große Geldsumme, die der stellungslose Mensch bei sich hatte und vernichten wollte, sind doch Gründe genug.“

„Selbstverständlich!“

Schlüter wandte sich wieder an Gemme.

„Wo haben Sie das Geld her, das Sie verbrennen wollten?“

„Das geht Sie gar nichts an. Das ist mein rechtmäßiges Eigentum.“

„Ein schönes Eigentum für einen stellungslosen Rutscher!“

„Eine Provision. Ich habe ein Geschäft vermittelt.“

„Sehr schön — jedenfalls bleiben Sie heute nacht hier, damit Sie Zeit haben, sich ein recht schönes Märchen auszudenken über den Erwerb des Geldes, das Sie uns dann aufstischen können.“

„Ich —“

„Sie halten den Mund!“

Unter heftiger Gegenwehr wurde Herr Gemme trotz allen Sträubens in eine Zelle geführt, und Schlüter raste im Auto dem Stettiner Bahnhof zu, um eben noch den Frühzug nach Treptow zu erwischen. Er kam, müde und abgesehen durch die langweilige Fahrt — von Stettin aus hatte er den Bummelzug nehmen müssen —, in dem Städtchen an.

„Zuerst eine Tasse Kaffee — auch der Körper hat sein Recht!“

Auf dem Marktplatz war eine nette kleine Konditorei, und eine saubere Wirtin stand in der Tür.

„Bekomme ich schon eine Tasse Kaffee?“

„Allemaal!“

Er setzte sich auf ein bequemes Sofa, und bald standen der würzige Trank und dazu ein paar frische Brötchen und gute Landbutter vor ihm.

„Ja, diese kleinen Städte! Da lebt man besser als in Berlin!“ Er aß mit Appetit und schaute der Konditorin zu, die währenddessen ihre Auslagen auf dem Ladentisch für den Tag ordnete. Aber plötzlich blieb ihm fast der Bissen im Halse stecken: die Frau brachte eine Anzahl grüner Schachteln. Schlüter sprang auf.

„Was haben Sie denn da Schönes?“

„Pralines, eigenes Fabrikat, etwas seltenes Delikates — wollen Sie nicht versuchen?“

„Geben Sie mir so eine Schachtel!“

Jetzt zitterten sogar des Kommissars Hände.

„Sie haben keine Firma drauf?“

„Wir haben ein paar tausend Schachteln gekauft — mit Druck wird's teuer.“

Die gute Frau munderte sich, daß der fremde Mann seinen Kaffee jetzt hastig hinunterstürzte, zahlte und den Laden eilig verließ. Gleich gegenüber war das alte Rathaus, und da sah er auch bereits ein Schild:

„Zur Polizeiwache.“

Er trat ein.

„Der Herr Kommissar zu sprechen? Ich bin der Kriminalkommissar Schlüter aus Berlin.“

„Bitte, hort!“

Der Beamte wies auf eine Tür, und wie Schlüter öffnete, hörte er eine fluchende Stimme:

„Zum Donnerwetter, der Teufel soll den ganzen Kram holen; wir klammern uns ja bis auf die Knochen!“

Unwillkürlich mußte Schlüter lachen.

„Aber Herr Kollege!“

(Fortsetzung folgt.)

die Produktion von Gas, Wasser und Elektrizität mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, überholt wurde.

Begründet wurde bekanntlich die Phantasiesteigerung jedesmal mit den hohen Arbeiterlöhnen und mit dem Steigen der Kohlenpreise. — beides Dinge, die zugegebenermaßen in den letzten Monaten einen unglaublichen Umfang angenommen hatten. Nun trat aber, wie jedermann weiß, in der zweiten Hälfte des Januar ein nicht unerheblicher Preistreuz für gewisse Lebensmittel und sogar auch für Kohlen ein. Als natürliche Folge dieser Tatsache ergab sich, daß die Feuerungsanlagen für die Arbeiter der städtischen Werke auf nur noch 21 Prozent festgesetzt zu werden brauchten. Das bedeutete einen nicht unerheblichen Fortschritt, der um so mehr ins Gewicht fallen mußte, als zuverlässig verlautet — einer dahingehenden Ausrufung in einer Stadtkommission im Herbst vorigen Jahres ist damals vom Magistratsrat nicht widersprochen worden —, daß die städtischen Gas- und Wasserwerke in den letzten Monaten immer mit einem recht erheblichen Überschuss gearbeitet haben. Was aber noch mehr ins Gewicht fällt, ist der erhebliche Preisrückgang, den die Gaswerke in den letzten Wochen erfahren haben. Während der Preis für den Zentner Kohlen Anfang Januar bis auf gegen 8 Millionen gestiegen war, ist er inzwischen auf 4½ Millionen gefallen. Und das ist doch ein so erhebliches Moment, daß das jetzt bei den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreisen irgendwie zum Ausdruck kommen mußte. Leider hat man von einer solchen Absicht bisher noch nichts gehört, und doch wird es in allen Verbraucherkreisen mit aller Bestimmtheit erwartet. Wenn die Stadt Dissa sich eben durch das Billigerwerden der Kohlen veranlaßt gesehen hat, die Preise für Gas und Elektrizität um 20 Prozent herabzusetzen, dann muß die Stadt Posen zu einer dazugehörigen, das wirtschaftliche Leben jedes einzelnen Bewohners der Stadt Posen stark beeinflussenden Maßnahme ebenfalls in der Lage sein. Schon aus sanitären Gründen muß eine Herabsetzung des Wasserpreises unter allen Umständen gefördert werden, sobald eine solche angängig ist, und das ist jetzt angesichts des Billigerwerdens der Kohlen der Fall. Aus sozialen Gründen aber muß jetzt auch der Gaspreis herabgesetzt werden. Das läßt in erster Linie der ärmeren Bevölkerung zugute, die heute angesichts der hohen Petroleum- und Spirituspreise und der Brennmaterialpreise nicht weiß, wie sie ihre Kaffeemaschine oder das spärliche Mittagessen kochen soll. Und aus Gründen der Gerechtigkeit mußte dann auch eine Herabsetzung der Preise für Elektrizität erfolgen.

Allgemein übertrifft wird zweifellos die Beantwortung der Interpellation durch den Stadtpresidenten haben, in der er andeutete, daß man sich angesichts der 21prozentigen Lohnsteigerung statt mit einer Preiserhöhung sogar mit dem Gedanken einer abermaligen Preissteigerung für Gas, Elektrizität und Wasser getragen zu haben schien. Aus den vorstehenden Ausführungen erhellt aber mit zwingender Logik, daß angesichts des erheblichen Sinkens der Kohlenpreise jetzt endlich auch einmal wieder an eine Preiserhöhung der von der Kohle abhängigen Produkte einzutreten muß. Daß das möglich ist, beweist das gute Beispiel der Stadt Dissa. Es darf deshalb mit Bestimmtheit erwartet werden, daß es in der Großstadt Posen Nachahmung findet, denn die Einwohnerzahl Posen ist angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage in ihrer großen Mehrheit heute ja gar nicht mehr imstande, die Millionen und Abermillionen für Gas, Wasser und schließlich auch für Elektrizität zu bestreiten.

Stellenbahnverkehr. Die Posenener Eisenbahndirektion bittet uns mitzuteilen, daß vom 15. Februar zwischen Krafau und Kalopane, auf welcher Strecke nach Befestigung der Schienenbahnverhältnisse der Verkehr wieder aufgenommen worden ist, die Schnellzüge Nr. 6101/6.02 nur am Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag verkehren. Die direkten Schnellzüge Danzig—Posen—Kattowitz—Krafau, die im Bereich der hiesigen Direktion die Nummern 1403/1404 bzw. 1405/1406

tragen sind vom 15. Februar an dem Abschnitt Kattowitz—Krafau eingestellt worden. Die Züge verkehren also nur zwischen Danzig, Posen und Kattowitz.

X Die postallische Gebührenfreiheit bei Geldüberweisungen. Zu unterer in der gestrigen Ausgabe veröffentlichten Mitteilung über die Gebührenfreiheit für Mitteilungen bei Geldüberweisungen erfahren wir noch, daß sich diese Gebührenfreiheit auf alle Mitteilungen auf dem Abschnitt von Postanweisungen auf der Rückseite bezieht. Dieser Abschnitt kann wie eine Postkarte zu jeder Art Mitteilung verwendet werden. Auf Postische Überweisungen der P. K. O. sind nur ganz kurze Mitteilungen, z. B. für welchen Zweck die Geldsendung bestimmt ist, also z. B. für die Altershilfe, weiter Mitteilungen über den Absender, die Buchungsnummer u. dgl. zugelassen. Ausgeschlossen sind persönlich Mitteilungen.

Falsche Millionenscheine. Das Starostka Grodzkie gibt bekannt, daß falsche 1 Millionencheine in Umlauf sind. Sie sind an folgenden Merkmalen zu erkennen: Einfaches gewöhnliches Papier sehr feil, ohne Wasserzeichen oder mit falschen Wasserzeichen in Form von Buchstaben und Initialen (Papierabrisse). Die Vorderseite: Das Netz der Graben und tiefen Linien bildet ein kleines Gitter während das Netz bei den echten Banknoten aus komplizierten, ovalen Gewinden besteht. Die Ansicht des Schlosses in Warschau von der Westseite ist undeutlich schattiert, wodurch das Bild verschwommen erscheint. Der Druck ist ungleichmäßig, und die Buchstaben sind dicker. Die Unterschriften sind stellenweise unterbrochen. Die Nummerierung ist ungleich und die Ziffern sind unregelmäßig. Die Rückseite: das Einmännchen fehlt ganz, so daß die Zahlen 1000 000, das Staatswappen und der weiße Adler auf weißem Untergrund stehen. Während er bei den echten Noten grau ist. Das Einmännchen im Rechte ist klarer. Die Verzerrungen der Zeichnungen und Notizen sind dunkler und mit dickeren Linien ausgeführt, die manchmal ineinanderlaufen und das Bild verwischt erscheinen lassen. Der Druck auf der Tafel ist ungleich, die Buchstaben sind dünner. Das Gesamtbild auf beiden Seiten ist in schmutzigen Farben gehalten, wodurch die Falschscheine leicht zu erkennen sind.

Reisen in die Schweiz. Zur Befestigung vielfach bestehender irriger Meinungen über die schweizerischen Einreisebestimmungen sei folgendes mitgeteilt: Wer in die Schweiz oder durch die Schweiz reisen will, hat ein Einreisegeßuch mit näherer Begründung und Angabe des Einreiseweges und der Aufenthaltsdauer bei dem für seinen hiesigen Wohnort zuständigen schweizerischen Konsulat zu stellen. Ein anderes Konsulat kann ihm das Visum nicht erteilen. Das Visum kann nach Prüfung des Geßuches erteilt werden zur Durchreise, zur Kur zu Gesundheitszwecken usw. Vor der Angabe fälscher Einreisewege wird gewarnt. Die näheren Bestimmungen sind bei dem zuständigen schweizerischen Konsulat zu erfragen. Das Transitvisum, berechtigend zur Durchreise durch die Schweiz ohne Aufenthalt, wird zurzeit unentgeltlich erteilt. Die Gebühr für das Visum berechtigend zur einmaligen Einreise zwecks Aufenthalts, beträgt zurzeit 8 Franc.

X Die totale Mondfinsternis. Die bekanntlich am nächsten Mittwoch, 20. d. Mts., stattfindet, wird hier nur teilweise sichtbar sein. Der Vollmond geht gegenmorgens um 5 Uhr 18 Min. am Osthimmel auf, während gleichzeitig, d. h. ebenfalls 5.18 Uhr, die Sonne am Westhimmel untergeht. Durch die tiefe Stellung des Mondes am Horizont und durch die nach seinem Aufgange noch reichlich eine Stunde währende Dämmerung wird das Bild des verfinsterten Mondes erheblich beeinträchtigt; trotzdem wäre bei klarem Wetter eine Betrachtung der Mondscheibe wohl lohnend, bietet sie uns doch den Anblick des Mondes in dem noch immer nicht einmündig erklärten rötlichen Bilde, das nur bei Verfinsterungen auftritt und nicht zu verwechseln ist mit dem grünlich-grauen blauen Schein, in dem wir oft den dunklen Teil des Mondes in der Vierstelligkeit sehen. Letztere Erscheinung kann man aus dem Widerschein des von der Erde dem Monde ausstrahlenden Lichtes erklären, für das rötliche Licht der Verfinsterungen reicht jedoch die Annahme, es sei zurückgefallenes Morgen- und Abendrot der Erde, nicht aus. Die rötliche Erscheinung des Mondes ist nicht genügend Leuchtkraft, um ein so intensives Rotleuchten

der ganzen Mondscheibe zu erklären. Es bliebe also nur ein Selbstleuchten des verfinsterten Mondes, also ein Nachleuchten seiner vorher von der Sonne bestrahlten Oberfläche.

Landwirtschaftliche Lehrlingsprüfungen. Die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft beabsichtigt Ende März d. J. Lehrlingsprüfungen abzuhalten. Anmeldungen hierzu sind bis zum 29. Februar an die genannte Gesellschaft zu richten. Der Anmeldung sind beizufügen: die Zustimmungserklärung des Lehrherrn, ein selbstverfaßter und selbstgeschriebener Lebenslauf, das letzte Schulzeugnis, eine Anmelde- und Prüfungsgebühr von 5 000 000 M.

X Auf den Familienabend, den der Evangelische Verein junger Männer morgen, Sonntag, abend 8 Uhr, im Evangelischen Vereinshaus, bei freiem Eintritt für jeden Evangelischen, veranstaltet, sei nochmals empfehlend aufmerksam gemacht.

X Die Kohlenwindlerin hat wieder einmal eine erfolgreiche Gastrolle gegeben, indem sie einer Bewohnerin von Żerzj vorstimmte, bei der Eisenbahndirektion beschafft und infolgedessen in der Lage zu sein billige Kohlen zu liefern. Sie ließ sich eine Anzahlung von 50 Millionen zahlen und verschwand auf Rimmerwiedersehen.

X Diebstähle. Gestohlen wurden aus einem Keller in der ulica Pamiątkowa 8 (fr. Wrangelstr.) ein vierwädriger Handwagen im Werte von 100 Millionen; aus der ul. Seweryna Mielżyńskiego 22 (fr. Viktorian.) 30 Flaschen Sekt und 100 Flaschen Wein im Werte von 1½ Millionen; aus der ul. Śniadeckich 15 (fr. Herderstraße) Wäsche im Werte von 810 Millionen.

X Polizeilich festgenommen wurden gestern: 12 Dürren, 8 Betrunkene, 4 Diebe und 2 Odbachlo.

*** Bromberg, 15. Februar.** Die gestrige Stadtkommission hat eine neue Resolution angenommen für die Stadtkommissionenverammlung an, ferner eine Änderung des Statuts zur Erhebung der Wohnungssteuer. Danach sollen nun erhoben werden: von drei Zimmern eine Steuer von 1 Prozent der Vorsteuermiete (die Vorsteuermiete wird dabei dem Verrechnungsgeldbetrag gleichgestellt), von vier Zimmern 1½ Prozent, von fünf bis sechs Zimmern 2 Prozent und von mehr als sechs Zimmern 3 Prozent. Eine weitere Änderung des Statuts besteht darin, daß leerstehende Wohnungen und Zimmer mit 10 Prozent zu versteuern sind. Zur Annahme gelangte auch ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats, in Anbetracht der gestiegenen Zahl der Arbeitslosen die Zahl der Mittagsportionen in der Volksschule von 1500 auf 2000 zu erhöhen.

□ Dirschau, 15. Februar. Nachdem in der Gemeinde Mühliort bei einem gestrigen Hunde Tollmutverbot festgestellt worden ist, ist für alle Ortschaften des hiesigen Distriktsbezirks die Hundesteuer angeordnet worden.

*** Stargard, 15. Februar.** Auf dem Eis der See eingebrochen und ertrunken ist in Stargard der 10jährige Sohn Stanislaus Olewski. Er konnte nur als Leiche ins Elternhaus gebracht werden.

□ Thorn, 15. Februar. Von einem Großfeuer heimgegesucht wurde die Eisenfabrik und Maschinenfabrik von Born und Schütz in Moder, in der der Dachstuhl der Dreherei vernichtet wurde. Der Schaden wird auf 50 000 Goldfranken geschätzt.

Aus Kongresspolen und Galizien.

*** Zemburg, 13. Februar.** Dem Schuhmachergesellen Daniluk explodierte beim Zigarettenanbrennen das Benzin im Feuerzeug. Der brennende Inhalt ergoß sich auf seine Kleider, so daß er in wenigen Sekunden in Flammen stand. Daniluk wurde im bedenklichen Zustande ins Krankenhaus geschafft.

*** Warschau, 13. Februar.** In dem 4 Kilometer von Zyrardom entfernten Dorfe Cholechów brach auf dem Besuche des Stanisław Jarembki nachts, während er mit seiner Frau verweilt war, Feuer aus. Seine sechs Kinder, die er zu Hause gelassen hatte, und die die Eltern nicht erwarten konnten, waren schlafen gegangen. Der älteste Tochter, die 14 Jahre zählt, gelang es, mit ihrem zweijährigen Schwesterchen das Feuer zu gewinnen, während die vier Geschwister in den Flammen den Tod fanden.

Ankündigungen

Unterh. Anzug, kauf. gef. Herren. Anzug, kauf. gef. u. B. 5398 a. d. Geschäft. d. Bl.

1 majhives Grundstück

Hier im Zentrum der Stadt gelegen, mit freiverwendender 3 Zimmer-Wohnung und Küche, 1 Stock hoch, Preis 682 M. nebst ca. 3 Morgen gutem Ackerland, welches ca. 100 Gekm. bringt zum Preise v. 12 000 Goldm. verkauft. J. Dentsch, Frankfurt a. O., Breitestr. 23a.

Sofort billig zu verkaufen:

Schnellpresse

Format ca. 64x96 cm, Fabrikat „Siga“ mit Galapparat für Zeitungsdruck. Beides sehr gut im Zustande. Ferner eine Schnellpresse „Marconi“ als Aneignen. Außerdem eine Wendeltreppe (eiserne) 45 m hoch. Off. u. A. 5166 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Gasmotor

stehend 5½ PS. fast neu, billig zu verkaufen. Anfr. u. 5368 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Fensterglas

Hohlglas 5 mm. Flachglas 6 mm. Glasfäden, Kalkfäden, Glasdiamanten liefert preiswert M. Warmuth, 2. Zippert, Cieszyne, Telephon 116.

Arbeitsmarkt
Tüchtiger Redakteur

von sofort gesucht. Gest. Offerten erbeten an die Adresse W. J. Schreiber, Chojnice, Rynek 17. (5129)

Erfahrener I. Siedemeister

selbst. Arbeiter, bef. für Kernseife, Seim- u. Schmierseife, nach Kommerellen. Nähe Danzig, bei gutem Gehalt gesucht. Ausführliche Meldung mit Zeugnisabschriften und bisheriger Tätigkeit an Hagemann, Zoppot, Schäferstr. 21. (4170)

Hagemann, Zoppot, Schäferstr. 21.

Zu meiner Unterstützung in der Landwirtschaft suche energ. Landwirt, evangl., polnische Sprache beherrschend. Eintritt sofort. Schriftliche Meldung mit Gehaltsansprüchen an: Mallus, Rabowice, Post Swarzędz. (5400)

Suche zum 1. 4. eventl. 1. 7. 1924 einen evangl. Hauslehrer(in)

für Quartaner Latein. Zeugnisabschriften, Gehaltsanpr. bitte einlesen unter B. 5327 a. d. Geschäftsstelle d. Blattes

Gebild. evgl. junge Dame

zur Pflege meiner beiden Knaben im Alter von ¼ und 3 Jahren für größeren Stadthaus bei sehr gutem Gehalt und Familienanhang gesucht. Zwei Mädchen vorhanden. Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf u. Bild bitte an Frau Alice Rosanowski, Grudziądz, Adlerstraße.

Tüchtige Stenotypistin

welche die polnische u. die deutsche Sprache beherrscht, stellt per sofort oder 1. 4. 1924 ein Schiller & Beyer Maschinen u. Eisenwaren für die Landwirtschaft Poznań, Towarowa 21.

Wertmeister

für Kartoffeltrockenfabrik gesucht, der die Fabrikation selbständig leiten muß.

Nur allererste Kräfte kommen in Frage, die nachweislich in gleichen Betrieben erfolgreich tätig waren. Hohes Einkommen, freie große Wohnung, Garten usw. Stellung ist erstklassig und kann sofort übernommen werden. Angebote unt. „W. G. 10036“ an A.-Ges. „Reklama Polska“ Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6.

Gesucht herrschaftlicher Gärtner

sofort oder 1. April d. J. Dominium Górk duchowna, p. State Bojanowo.

deutsche Erzieherin

(poln. Staatsangehörige), der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, zu 2 Knaben im Alter von 10 und 7 Jahren. Unterrichtsurlaub ist Bedingung. Meldungen mit Zeugnis und Gehaltsansprüchen und Bild sind zu richten an Frau Mia Niehoff, Skarszewo, p. Eastowice (Pomorz).

Tüchtige, selbständige Putzarbeiterin

suche ich zum 15. März d. J. Erbitte Zeugnisse u. Gehaltsanpr. bei freier Station. S. Schleimer, Czarńków Puk- und Kaufhaus.

Sinderfräulein, Sinderfräulein,

die Fräulein absolviert hat, zu 4- und 6jähr. Kindern gesucht. Polnische Sprache Bedingung. Nachmittags 1-3 Uhr Vorstellung erbitte. Rotstein, 1879 Wyspiańskiego 6

Stellung als Bote

über dergl. Eventl. auch als Schreibhilfe. Freundliche Anfragen unter 5385 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Stellengebote

Expedient

ledig Ende der 40er Jahre, sucht sofort bei bescheidenen Ansprüchen Stellung im Büro, Lager, Scheiter oder auch als Bote, Aufseher usw. Suchender ist Inhaber des einjährig-freiwilligen-Zeugnisses, aber zu jeder Arbeit bereit. Offert unt. A. 5188 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Förster,

ebgl. 29 Jahre alt, aus alter Försterfamilie stammend, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse und Empfehlungen umständehalber anderweitig Stellung von bald oder später. Aufdrücken unter M. W. 5427 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Haustochter

ge sucht. Gute Erfahrungen im Hauswesen Kochen, Einmessen und Nähen sind Bedingung. Angebote mit Gehaltsansprüchen an Frau Geheimrat Kirchhoff, Garzyn bei Łęzno.

Wirtschafts-Inspektor,

34 J. alt, verheiratet, kinderl., in allen Zweigen der Landwirtschaft tüchtig, beider Spr. mächtig, sucht vom 1. 4. 24 Dauerstellung gegen Ration von 1500 Dollar. Gest. Off. u. 5405 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Suche Stellung

irgend welcher Art. Schuck, Rynek Środek 13/141. Handlungsgehilfe, durch Personalvermittlung frei geworden, sucht für 1. 4. 24. unt. d. Geschäftsst. d. Bl. Stellung 21 Jahre tätig gewesen. Ang. u. A. 5134 a. d. Geschäftsst. d. Bl.


Das Beste
für Jung und Alt ist und bleibt
„MALTOPOL“
das reine und natürliche
Heil- u. Nährmittel für Jungen- und
Kranken, Blutarmer, Bleichfüßige.
Zu haben in sämtlichen Apotheken und Drogerien.
Fabryka Wyrobów Słodowych
„MALTOPOL“
Kartuz-Pomorze.
Telephon 7. Telegr.-Adr.: „MALTOPOL“.

Reparaturen
Elektromotoren
Dynamomaschinen
führen wir
K. Gaertig i Sp., T. z. Poznań,
Oddział Pracowni Elektromechanicznych,
Tel. 3581. ul. Półwiejska 35. Tel. 3584.

heißt die stärkste
„Europa“ Breitmäschmaschine
„Diadem“ in Polen.
die beste
Kartoffel-
Sortiermaschine

Treibriemen
OLE FETTE

TECHNISCHES SPEZIALGESCHÄFT FÜR INDUSTRIEBEDARF
Otto Wiese
BYDGOSZCZ
Telefon 459 — Dworcowa 62.

Hannoverscher Kurier
Eine deutsche nationale
und liberale Zeitung
von Ruf, maßgebend
für Politik, Handel und
Industrie, ein Blatt der
Auslanddeutschen in der
ganzen Welt.
Gegr. 1849

Hannoverscher Kurier
Bezugsbedingungen durch den
Verlag Hannover
Osterstraße 89.
Gewährtes Anzeigen-Organ.

Konrad Barezyński i Ska.,
Sägewerk und Holzbearbeitungsfabrik
(früher Sichert), Telephon 3573,
Poznań, Bukowska 43
kaufen
Rund- und Schnittholz,
übernehmen
jezt. Art Holzbearbeitung und Bohrschnitt.

Bekanntmachung!
Original amerikanische
Getreidemäher — Grasmäher
Deering
in jeder Hinsicht sämtlichen anderen Fabrikaten überlegen, erhalten wir aus Amerika im März d. Js.
Alleinige Verkaufsstelle:
Zwiazkowa Centrala Maszyn Tow. Akc.
Poznań, Wjazdowa 9.

Górnosławskie
Przedsiębiorstwo Węglowe Poznań
Poznań, Wały Zygmunt Augusta 3
Tel. 1296, 3571 Telegr.-Adresse: Węglesławskie
332) empfiehlt in jeder gewünschten Menge
zu den billigsten Tagespreisen
Kohlen, Koks, Briketts.
Torf, Brenn- u. Grubenholz.

Confiserie Walerja Patyk
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6 (neben der Post).
Gegr. 1901. Telephon 3833. Schließfach 330.
Ersikt. Konfitürengeschäft am Platze
empfiehlt täglich frische Waren in großer Auswahl.
Ständige Ausstellung künstlerisch
ausgeführter Bonbonnieren.

Achtung!
Poznań, Kleine Gerberstrasse (Ecke Judenstr.).
Spezialgeschäft nur zum roher Rauchwaren wie
Einkauf Fuchs-, Marder-, Iltis-, Fischotter-, Kanin- und Hasen-
Felle, Nur diese Firma
Rosshaare usw.
zahlt die höchsten
Konkurrenzpreise.
Bitte um gütigen Zuspruch.

Alt-Blei
von alten Bleiröhren (Reichblei),
sowie alle leere Zinn- u. Bleituben
kauft jedes Quantum
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Kaufe
gut erhaltene
2 Metallbettstellen,
1 Nähmaschine.
Gest. Angch. unt. 2. 5303
an die Geschäftsstelle dieses Bl.
Autoreifen
Autobenzin
offertiert [741]
in nur prima Qualitäten
unter Konkurrenzpreisen
„Brzeskauto“ T. A.,
Poznań, ul. Skarbowa 20.

Johannes
Quedenfeld,
Poznań-Wilda,
ulica Traugutta 9.
Haltestelle der Strassen-
bahn ulica Traugutta,
Linie 2.
Werkplatz: ul. Rolna.
Moderne
Grabdenkmäler
und Grabinfassungen
in allen Steinarten.
Auf Wunsch
Kostenanschläge.

Tausche bis auf weiteres
Schmutzwolle 4 zu 1 Pfd.
gewaschene Wolle
3 zu 1 Pfund
gegen prima ausländische Wolle.
„TEKSTYL“, Poznań
Kantaka 6 (Ecke św. Marcin)
Telephon 3091. Telephon 3090.
Achten Sie bitte genau auf die Firma!

Jeden Posten
trodene Kiefern-, Eichen-, Birken-
u. Erlen-Kloben gebe ab waggonweise.
St. Nowacki, Poznań, ul. Fabryczna 1. Tel. 3644

Wir können sofort vom Lager liefern:
Unzerne
gelbe Gdendorfer Rübensamen
1. Abf.
gereinigte Heradella, Kolllee
und alle übrigen Sämereien.
Mit Preisangaben stehen wir zur Verfügung.
Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft
T. z. o. p.
Poznań, ul. Wjazdowa 3.

TaniSklep
Poznań, Wroclawska 15
(vorm. Breslauerstr.)
verkauft
Stoffe zu Herren-
Anzügen, Damen-
kostümen und
Mänteln.
**Herren-
Garderobe.**
Elegante Anzüge,
chike Hosen,
seidene Westen,
Joppen
und Paletots
vom einfachsten bis
zum elegantesten
Genre,
zu billigsten Preisen
TaniSklep
Poznań, Wroclawska 15
(vorm. Breslauerstr.)